Herausgegeben von AK und ÖGB AUSGABE 2/2021, 75. Jahrgang € 2,50 www.arbeit-wirtschaft.at

Arbeit&Wirtschaft

Jetzt wird's eng

Ob beim Impfen, am Arbeitsmarkt, bei drohenden Pleiten, im Schulsystem oder am Heizungs-Thermometer: Uns drohen Engpässe. Wie kommen wir da raus?

Tröpfchenweise Zuversicht / 6
Woran es am derzeitigen Corona-Impfplan hapert

Wenn das Licht ausgeht / 12
Müssen wir auch noch mit einem Blackout rechnen?

#2

MICHAEL MAZOHL CHEFREDAKTEUR
ANJA MELZER CHEFIN VOM DIENST
THOMAS JARMER ART DIRECTOR & LAYOUT
MARKUS ZAHRADNIK FOTOS
MIRIAM MONE ILLUSTRATIONEN
WOLFGANG DORNINGER LEKTORAT
SONJA ADLER SEKRETARIAT

Mitarbeiter*innen dieser Ausgabe
Sonja Adler, Johann Bacher, Miriam Baghdady, Eva Baldrian-Wagner, Wolfgang Dorninger, Johannes Gress, Thomas Jarmer, Michael Mazohl, Anja Melzer, Magdalena Miedl, Miriam Mone, Sebastian Panny, Brigitte Pellar, Werner Reisinger, Alexandra Rotter, Korinna Schumann, Christian Domke Seidel, Irene Steindl, Leo Stempfl, Dennis Tamesberger, Christina Weichselbaumer, Alexia Weiss, Markus Zahradnik

Redaktion Arbeit&Wirtschaft
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 534 44-39263, Fax: (01) 534 44-100222
redaktion@arbeit-wirtschaft.at

Redaktionskomitee
www.arbeit-wirtschaft.at/impressum

Herausgeber
Bundesarbeitskammer
1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 und
Österreichischer Gewerkschaftsbund
1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1

Medieninhaber
Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1
Tel.: (01) 662 32 96-0, Fax: (01) 662 32 96-39793
zeitschriften@oegbverlag.at
www.oegbverlag.at

Hersteller
Walstead Leykam Druck GmbH & CO KG
7201 Neudörfl, Bickfordstr. 21
Verlagsort Wien
Herstellungsort Neudörfl

Abonnementverwaltung und Adressänderung
Johannes Bagga, Daniel Kern
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Tel.: (01) 662 32 96-0, aboservice@oegbverlag.at
Einzelnummer: € 2,50 (inkl. Mwst.)
Jahresabonnement Inland € 20,– (inkl. Mwst.)
Ausland zuzüglich € 12,– Porto
für Lehrlinge, StudentInnen und PensionistInnen ermäßigtes Jahresabonnement € 10,– (inkl. Mwst.)

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25
www.arbeit-wirtschaft.at/offenlegung
ZVR-Nr. 576439352 • DVR-Nr. 0046655
ISSN (Print) 0003-7656, ISSN (Online) 1605-6493, ISSN (Blog) 2519-5492
Die in der Zeitschrift „Arbeit&Wirtschaft" wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung von Redaktion und Herausgeber. Jeder/jede AutorIn trägt die Verantwortung für seinen/ihren Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller MitarbeiterInnen zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion übernimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe.

Ausgewählte Mitwirkende dieser Ausgabe

IRENE STEINDL
FREIE JOURNALISTIN
Treue Leser*innen wissen: Irene gehört zu den erfahrensten Schreiber*innen, mit denen wir in jedem Heft aufwarten. Dieses Mal hat sie gleich mehrere Geschichten beigesteuert – darunter das tolle Arbeitsmarkt-Interview **ab Seite 36.** Wer möchte, kann es auch online nachsehen!

JOHANNES GRESS
FREIER JOURNALIST
Johannes ist studierter Politikwissenschafter aus Wien. Der 28-Jährige ist der zweite geborene Niederbayer in unserem Team und feiert in dieser Ausgabe mit der großartigen Reportage **ab Seite 42** seine Premiere bei Arbeit&Wirtschaft. Und es wird nicht seine letzte gewesen sein.

© Markus Zahradnik | Steindl © Alexander Franz | Gress © Philipp Thiedmann | Reisinger © Markus Zahradnik

Hinter den Kulissen

Unser Autor Werner Reisinger live in Action im Wallfahrtsort Mariazell: Zusammen mit unserem Fotografen Markus Zahradnik hat er sich für den großen Tourismus-Report **ab Seite 30** in der Steiermark umgehört.

Irgendwie, irgendwo, irgendwann

ANJA MELZER
MICHAEL MAZOHL
REDAKTION

Zugegeben: Für Laien wie uns ist es vielleicht nicht auf Anhieb auffindbar. Doch klickt man sich dann zum Beispiel tatsächlich auf der Homepage des deutschen (auf den hiesigen Seiten sucht man lange und vergeblich) Robert-Koch-Instituts, der maßgebenden deutschen Epidemiologie-Zentrale, herum, stößt man im Archiv auf diverse Publikationen aus den vergangenen Jahren. Sehr schnell wird beim Herumblättern eines deutlich: Bereits Ende der neunziger Jahre war die Bedrohung durch eine auf dem ganzen Planeten wütende Pandemie quasi allen einschlägigen Institutionen von Rang und Namen bewusst. Und das ist noch gar nicht alles: Sogar die Weltgesundheitsorganisation (WHO) entwickelte schon vor über zwanzig Jahren handfeste Musterpläne für derartige Infektionsszenarien – abgesegnet durch sämtliche Mitgliedsstaaten weltweit. Immer wieder hatten Wissenschafter*innen vor dieser Situation, wie wir sie seit einem Jahr durchleben, gewarnt.

Nicht nur davor: Auch die Gefahr eines gigantischen Blackouts wird von Forscher*innen seit Jahren immer wieder als realistisch eingeschätzt. Bis vor wenigen Monaten hätten wir derartige Mahnungen möglicherweise noch belächelt, vielleicht sogar als heillos übertrieben abgestempelt. Doch seit Corona scheint plötzlich irgendwie alles möglich, und damit auch ein globaler Blackout. Was das konkret hieße? Kein Strom, kein Internet, keine Heizung, kein Wasser. Wie wahrscheinlich ein solches Szenario wirklich ist und wie man sich darauf vorbereiten kann, das steckt in einer der Geschichten in diesem Heft.

Engpässe und wer sie lenkt

Was uns die Corona-Krise jedenfalls bis dato klar vor Augen führt: wie unglaublich viel an einem guten Verhältnis von Politik und Wissenschaft hängt. Und wie tiefgreifend dabei auch politische Entscheidungen wissenschaftlich begründet sein können. Die Forschung, so viel steht fest, hat im öffentlichen Diskurs durch die Krise einen neuen Stellenwert bekommen. Dass es aber politische Entscheidungen sind, die spürbare Engpässe erst entstehen lassen, ist die andere Seite. Armut, das können wir jeden Tag beobachten – oder im schlechtesten Fall am eigenen Leib erfahren –, fußt auf politischem Willen – oder Unwillen. ◗

Inhalt

GEKOMMEN UM ZU BLEIBEN?

26 Endlich: neue Homeoffice-Regelungen. Aber wie sieht das eigentlich in der Praxis aus? Was gilt als Arbeitsunfall? Welche Arbeitsmittel stehen mir zu? Und ab wann gilt überhaupt das neue Gesetz? Wir haben den Überblick.

MARIAZELL UND SEIN BLAUES AUGE

30 Wenige Branchen hat es so hart getroffen wie den Tourismus. Wie soll es da heuer weitergehen? Unser Reporter Werner Reisinger hat sich bei Betroffenen in der Steiermark umgehört – mit teils überraschenden Erkenntnissen.

MIT SCHIRM UND LAN

42 Schließen die Schulen, herrscht Distance-Learning – und das läuft größtenteils digital ab. Was aber, wenn daheim kein Computer bereitsteht? Lokalaugenschein bei einem Wiener Verein, der dort einspringt, wo der Staat versagt.

Der Kampf um den besonderen Saft 6
Das lange Warten auf die Corona-Impfdosen

Ist ein anderes Wirtschaftssystem möglich? 11
Die „große Frage" beantwortet von Miriam Baghdady

Was, wenn der Blackout kommt? 12
Wenn wir plötzlich vom Strom genommen würden

Jetzt ist der Ofen aus 16
Energiearmut betrifft mehr Menschen als gedacht

Tag der Abrechnung 18
Müssen wir mit einer Pleitewelle rechnen?

Wird's besser? Wir wissen es nicht 22
Wenn Privatinsolvenz droht – und die Wege aus dem Tief

Lockdown-Schock 24
Wie sich die Corona-Krise auf die Löhne ausgewirkt hat

Wie geht's Beschäftigten im Homeoffice? 29
Fünf Betriebsrät*innen berichten aus ihrem Berufsalltag

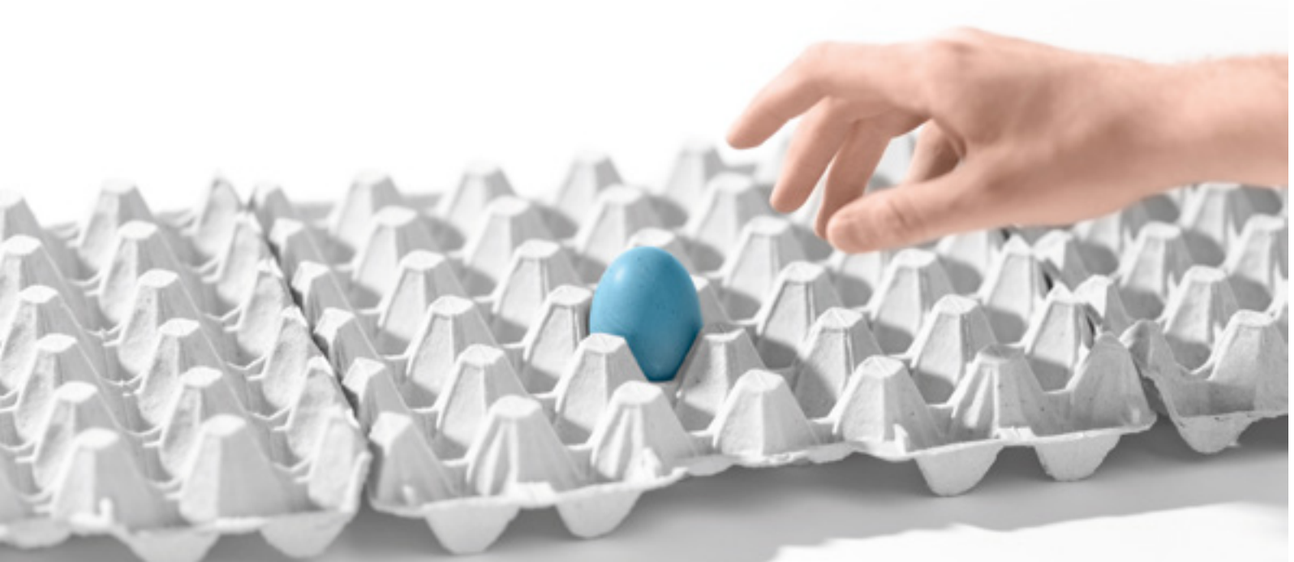
Auf der Suche nach Arbeit 36
Arbeitsmarktexperte Gernot Mitter im Interview

Corona-Krise erhöht die Jugendarbeitslosigkeit deutlich 39
Ein Beitrag zur Jugend auf dem A&W-Blog

Europa im Kampf gegen das Virus 40
Wo Österreich im europäischen Krisen-Vergleich zurückliegt

Als die Polio-Kinder nicht mehr kamen 45
Erinnerungen an die historische Schluckimpfung

Die stillen Heldinnen des Alltags 46
Das letzte Wort hat ÖGB-Vizepräsidentin Korinna Schumann



© Michael Mazohl

Arbeit&Wirtschaft

PODCAST

mit Sara Hassan

... wählt nur die Hälfte der Wiener*innen?
mit Demokratieforscherin Tamara Ehs

... schließt unser Schulsystem so viele aus?
mit Autorin Melisa Erkurt

... ist manche Arbeit bezahlt und andere unbezahlt?
mit Journalistin Jelena Gučanin

... bedeutet Recht nicht immer Gerechtigkeit?
mit Richter Oliver Scheiber

... ist Reichtum so ungerecht verteilt?
mit Ökonom Matthias Schnetzer

www.arbeit-wirtschaft.at/podcast

/AundWMagazin
www.arbeit-wirtschaft.at

Der Kampf um den besonderen Saft

Die Impfungen laufen in Österreich langsamer an, als von vielen erhofft wurde. Auch wenn sich die Regierung mit den Impfplänen nicht mit Ruhm bekleckert hat: Schuld daran ist vor allem der weltweite Mangel an Impfstoffen. Diesem Engpass hätte die internationale Gemeinschaft früh entgegenwirken können – würden nicht kurzfristige wirtschaftliche Interessen im Vordergrund stehen.

TEXT SEBASTIAN PANNY

Quelle: Airfinity

Nach einer langen Arbeitswoche spazierst du am Freitagabend noch auf einen kurzen Absacker in dein Lieblingslokal. Während du dein Getränk genießt und dich mit Freund*innen unterhältst, bekommt neben dir jemand eine Impfung verabreicht. Der Anblick erinnert dich an deine eigene, die du schon vor einigen Wochen erhalten hast. Als du am nächsten Morgen in ein Möbelhaus gehst, steht daneben ein mobiler Impfstand. Doch die Schlange ist nicht lang. Die Leute haben schließlich genug Möglichkeiten, sich impfen zu lassen.

Was wie ein Traum klingt, ist in Israel in ähnlicher Form bereits Realität. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung wurde dort Ende Februar zumindest mit einer Dosis geimpft. Es wurde eine Vielzahl an Maßnahmen gesetzt, um ein möglichst niederschwelliges Impfangebot zu schaffen. Neben Bars, Einkaufszentren oder Märkten wurden temporäre Impfzentren aufgebaut, Arbeitgeber*innen organisierten Impfungen am Arbeitsplatz. Doch damit das möglich ist, benötigt man erst mal eines: genügend Impfstoff.

Und der ist momentan auf der ganzen Welt ein umkämpftes Gut. Doch wie kann es sein, dass manche Länder wie Israel einen so großen Vorsprung haben, während in anderen Engpässe herrschen? Warum schaffen es Pharmafirmen nicht, einfach mehr Impfstoff zu produzieren? Und hätte Österreich etwas anders machen können?

Unser bestes Weihnachtsgeschenk

Im Dezember 2020 erfolgte weltweit ein kollektives Aufatmen. Tatsächlich hatten Forscher*innen es geschafft, in Rekordzeit mehrere Impfstoffe gegen das Corona-Virus zu entwickeln. Knapp ein Jahr dauerte es von der Entschlüsselung des Virus-Erbguts bis zur erstmaligen Zulassung einer Impfung. Noch nie zuvor ist dieser Prozess so schnell erfolgt. Die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität nach dem Seuchenjahr 2020 wurde den Menschen wie ein Weihnachtsgeschenk unter den Baum gelegt. Doch die Ernüchterung ließ nicht lange auf sich warten. „Es war klar, dass wir am 27. Dezember nicht gleich zehn Millionen Dosen zur Verfügung haben werden, wenn die Zulassung am 21. Dezember erfolgt ist“, sagt Renée Gallo-Daniel, Unternehmenssprecherin und Betriebsrätin bei Pfizer Österreich sowie Präsidentin des Verbandes der österreichischen Impfstoffhersteller. Dass der Ertrag in der Impfstoffproduktion darüber hinaus geringer als erwartet ausfallen kann, wie es etwa bei AstraZeneca passiert ist, sei nichts Ungewöhnliches. Es könne immer passieren, dass Chargen ausfallen, die man dann eben nicht sofort nachproduzieren kann. Dass die Produktion des Impfstoffs nur langsam anlaufen würde, sei, meint sie, vorhersehbar gewesen.

Wieso dauert es so lange?

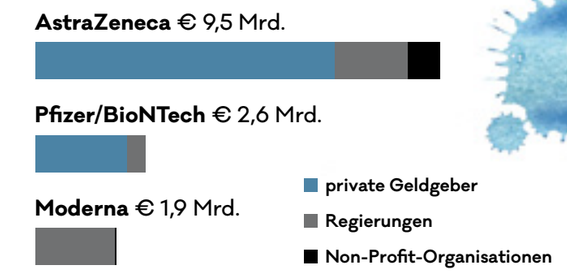
Doch warum produziert man nicht einfach mehr davon? „Dort, wo man den Impfstoff produzieren kann, wird 24 Stunden und sieben Tage die Woche auf Hochtouren gearbeitet“, erklärt Gallo-Daniel. So habe auch Pfizer die Produktionskapazitäten erhöht und werde statt der ursprünglich geplanten 1,3 Milliarden Dosen für 2021 bis zu zwei Milliarden herstellen können. Doch die Herstellung auszuweiten ist nicht so einfach. Die biotechnologischen Anlagen zur Produktion von Impfstoffen sind hochkomplexe Produktionsstätten. „Man kann diese Anlagen nicht innerhalb eines Monats hochziehen und adaptieren. Das hat einerseits bautechnische Gründe, andererseits benötige ich auch die Bewilligung der Behörden – und das dauert“, so Gallo-Daniel.

Gleichzeitig spielen noch andere Faktoren bei der Herstellung mit. Zulieferer müssen genügend Inhaltsstoffe liefern können, und außerdem wird hochspezialisiertes Personal benötigt. Nicht zuletzt muss man den Impfstoff auch in Behältern lagern. „Beim COVID-19-Impfstoff sind das sogenannte Mehrdosen-Durchstichflaschen. Dafür müssen wir aber auch die Abfüllanlagen umrüsten, da normalerweise Einzeldosen abgefüllt werden“, sagt Gallo-Daniel. Und bei fast allen diesen Schritten müsse man die behördliche Freigabe abwarten. Das alles kostet viel Zeit.

Freie Patente für alle

Doch was würde passieren, wenn man die Produktion auch anderen Herstellern ermöglichen würde, etwa indem man Patente freigibt? Ein Patente-Pool für Corona-Produkte existiert zwar – doch aktuell ist er leer. Dabei hat der öffentliche Sektor weltweit im letzten Jahr mindestens 93 Milliarden in Therapien und Impfungen gegen das Corona-Virus investiert. Pfizer selbst hat zwar beispielsweise keine Investitionen erhalten – wohl aber BioNTech. Schon nach der Gründung wurde das Unternehmen finanziell unterstützt, im Sommer erhielt man zusätzliche 375 Millionen Euro zur Entwicklung von Impfstoffen. „Ich verstehe die Diskussion, dass man Anteil an Patenten haben möchte, wenn man die Entwicklung subventioniert. Patente zu halten bedeutet noch nicht, dass man

Wer hat's bezahlt?



„Die öffentliche Hand gibt enorm hohe Summen für Grundlagenforschung aus, sieht aber kaum einen Return on Investment."

Claudia Wild, Austrian Institute for Health Technology Assessment

Impfstoffe gleich produzieren kann. Man muss auch die Produktionsstätten erst aufbauen, das kostet ebenfalls Zeit und Geld", sagt Gallo-Daniel.

Dem stimmt Claudia Wild, Geschäftsführerin des Austrian Institute for Health Technology Assessment, zwar grundsätzlich zu. Sie betont aber, dass dies schon viel früher passieren hätte müssen: „Man sollte von Beginn an in den Verträgen Konditionen festsetzen, dass Patente oder Lizenzen frei verfügbar sein müssen, wenn öffentliche Forschungsgelder verwendet werden. Die öffentliche Hand gibt enorm hohe Summen für Grundlagenforschung aus, sieht aber kaum einen Return on Investment."

Es ginge noch besser

Aktuell funktioniere das System häufig so: Firmen haben Patent-Scouts in der Nähe von besonders produktiven Universitäten und beobachten deren Forschung. Sobald das Wissen dort produktreif wird, werden die Scouts aktiv und kaufen es ab. Die Innovation findet also nicht bei den Unternehmen statt, wie gerne argumentiert wird. „Wenn man genau hinsieht, wird man schnell sehen, dass es nicht nur die Industrie ist, die Innovation vorantreibt, sondern es ist ein Zusammenspiel mit der öffentlichen Hand. Und wenn man sich dessen bewusst ist, sollte man sich im nächsten Schritt politische Maßnahmen überlegen", so Wild. So könnte man etwa im Vorhinein Preise ausschreiben für die Entwicklung, bei der das Patent jedoch am Ende in einen Patent-Pool übergehe und somit allen zur Verfügung stehe. „Die Firmen haben dabei dennoch ihr Einkommen – nur eben nicht in dieser absurden Höhe, wie es jetzt der Fall ist."

Das ist bei den Verhandlungen um die Corona-Impfstoffe nicht geschehen. Die Regierungen haben es verabsäumt, Druck auf die Pharmaunternehmen auszuüben. Einerseits geht es hier um Standortpolitik und um Arbeitsplätze, mit denen die Unternehmen argumentieren können. Andererseits haben Universitäten enormen Druck, Drittmittel für ihre Forschung aufzutreiben. Und diese kommen meist von Unternehmen: „Wenn Roche oder Novartis Firmenstudien an den Universitäten machen und diese Mittel einbringen, sehen sie natürlich kaum ein, dass die öffentliche Hand dann möglicherweise sagt: ‚Eure Medikamente sind uns zu wenig wertvoll, die zahlen wir nicht!", sagt Wild.

Dass die Produktion des Corona-Impfstoffs nur langsam anlaufen würde, sei vorhersehbar gewesen, meint Renée Gallo-Daniel, Betriebsrätin bei Pfizer.

Jedes dritte Medikament auf dem Markt ist ein Krebsmittel

Das alles ist nicht nur während der Pandemie problematisch. Abseits von Corona stürzen sich Unternehmen vor allem auf Produkte, die besonders profitabel sind. So ist aktuell jedes dritte Medikament, das auf den Markt kommt, ein Krebsmedikament. Andere Gebiete, wie etwa Infektionskrankheiten, werden vernachlässigt, weil sie nur wenig lukrativ sind. Die Politik sei gefordert, hier gegenzusteuern: „Ich glaube, im letzten Jahr wurde die Bedeutung eines öffentlichen Sektors deutlich, der steuert, Geld in die Hand nimmt und auch sagt, was er will. Es war ein Mahnmal dafür, wie gut es ist, in einem solidarisch finanzierten System zu leben", sagt Wild.

Globale Kluft beim Impfdosen-Kauf

Die Unterversorgung mit Corona-Impfstoff birgt noch einen weiteren Aspekt, der jedoch nur selten beleuchtet wird. Im Kampf um Impfdosen werden ärmere Länder immer mehr ausgebootet. Bisher wurden drei Viertel aller Impfungen in nur zehn Ländern verabreicht. Die WHO befürchtet, dass die globale Durchimpfung so erst nach 2023 erreicht wird.

Um das zu bekämpfen, wurde das sogenannte COVAX-Programm von der WHO, Frankreich und der Europäischen Kommission gegründet. Durch eine gemeinsame Finanzierung soll COVAX Impfdosen ankaufen und ärmeren Ländern der Zugang zu Impfstoffen ermöglicht werden. Doch einkommensstarke Länder sichern sich mit Verträgen die Impfstoffe zu einem hohen Preis. Gleichzeitig bemühen sich die Herstellerfirmen primär um eine Zulassung ihrer Produkte in ebendiesen Ländern – wohl wissend, dass sie dort natürlich auch mehr Geld dafür erhalten. Das COVAX-Programm kann dabei nicht mithalten.

Impfnationalismus

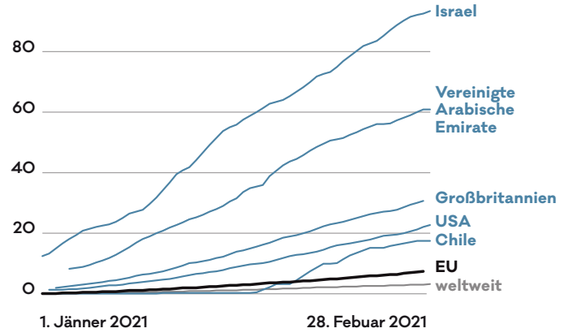
Auch die Öffnung des Patent-Pools für Corona-Technologien wäre ein wichtiger Schritt. Denn selbst wenn es länger dauern würde, bis man Impfstoffe produzieren könnte: Auch andere Produkte, die in der Pandemie dringend benötigt werden, wie Medikamente oder Beatmungsgeräte, werden durch Patente geschützt. Doch ein Antrag auf Aussetzen der Patente, der von 100 Staaten bei der Welthandelsorganisation eingebracht wurde, wird von reichen Staaten blockiert. Dazu zählen etwa die EU, Australien, Japan und auch die USA – Länder und Regionen, in denen die großen Pharmafirmen beheimatet sind.

Dabei schadet der Impfnationalismus der gesamten Welt. Denn je länger das Virus aktiv ist, desto wahrscheinlicher kommt es zu Mutationen. Und diese könnten wiederum gegen gängige Impfungen resistent sein und zu erneuten Ausbrüchen in bereits immunisierten Regionen führen.

Die EU liegt beim Durchimpfen noch weit zurück

Obwohl auch die EU beim Wettrennen um die Impfstoffe rege mitgespielt hat, hinkt sie bei den Durchimpfungsraten hinterher. Vier Prozent der Bevölkerung erhielten hier Ende Februar zumindest eine Impfdosis. Verglichen mit Ländern wie den USA (13,3 Prozent), Großbritannien (26,4 Prozent) oder Israel (52,4 Prozent) liegt man weit zurück. War die Strategie der EU falsch? „Man muss bedenken, dass die EU sehr früh Verträge mit Herstellern abgeschlossen hat. Zu diesem Zeitpunkt war noch kein Impfstoff zugelassen", sagt Pfizer-Betriebsrätin Gallo-Daniel. Dass man auf mehrere Produkte setzte, sei eigentlich eine gute Idee gewesen. Doch die Kehrseite hat sich bald gezeigt: Der Impfstoff des Unternehmens Sanofi, von dem 300 Millionen Dosen geordert wurden, wird frühestens Ende 2021 auf den Markt kommen. Von AstraZeneca wurden 400 Millionen Dosen gekauft, der Hersteller hatte jedoch Lieferprobleme. Israel schlug einen gegenteiligen Weg ein und vereinbarte einen exklusiven Vertrag mit Pfizer. Dafür liefert das Land jedoch umfassende statistische Daten an den Konzern.

COVID-19-Impfungen
pro 100 Einwohner



Quelle: Our World in Data

ÖGB-Gesundheitsexpertin Claudia Neumayer-Stickler: „Spätestens im Herbst hätte die Impfkampagne eigentlich gut geplant werden müssen."

Am Impfstoffmangel ist die österreichische Regierung also nicht schuld. Dennoch liegt man bei der Impfquote unter dem EU-weiten Durchschnitt. Wurde hier etwas falsch gemacht? „Ich würde tatsächlich die Begriffe problematisch und verbesserungswürdig bevorzugen", sagt Claudia Neumayer-Stickler, Leiterin des Referats für Gesundheitspolitik beim ÖGB. Sie kritisiert vor allem, dass die Erstellung des Impfplans und die begleitende Infokampagne sehr spät erfolgt seien. Erst Ende Dezember habe man erste Informationen erhalten. „Man hat ja schon im Laufe des Novembers gewusst, dass die ersten Impfstoffe kommen werden. Spätestens im Herbst hätte die Impfkampagne eigentlich gut geplant werden müssen", so Neumayer-Stickler.

Dass die Durchführung der Impfungen auf Bundeslandebene erfolgt, sei grundsätzlich verständlich. „Aber dass man mit der Organisation auch die Planung den Bundesländern frei übergeben hat, führte zu unterschiedlichen Priorisierungen", sagt Neumayer-Stickler. So bekam man einige kritische Anfragen etwa von Gesundheitspersonal, warum Kolleg*innen aus anderen Bundesländern schon geimpft seien, man selbst aber noch darauf warte.

Das ist besonders in diesem Bereich schwierig zu argumentieren, wenn man sich der Herausforderungen bewusst ist, vor denen

das Gesundheitspersonal steht. „Vor allem die körperliche Belastung ist bei unseren Mitarbeitern enorm gestiegen“, sagt Wolfgang Hofer, Vorsitzender der Personalvertretung im AKH Wien. Man müsse Schutzmaßnahmen minutiös einhalten, was auch gut gelungen sei. Aber in der erforderlichen Ausrüstung, die einen Schutzanzug und teils mehrere Masken beinhaltet, lange Zeit körperlich zu arbeiten und dann noch mit der Situation umzugehen, sei für das klinische Personal sehr herausfordernd.

Pflegepersonal in Österreich

Die Impfwilligkeit sei dementsprechend hoch, etwa 90 Prozent haben sich für eine Impfung angemeldet. Mittlerweile befinde man sich in der letzten Woche der Erstimpfung. „Die Impfwilligkeit war für uns kein Problem. Aber der Impfstoff wurde nur sehr zögerlich geliefert, jeden Montag bekamen wir die Impfdosen wie ein Überraschungspaket“, sagt Hofer. Es habe, wie in vielen anderen Bereichen momentan, keine Planungssicherheit gegeben.

Diese sollte in den nächsten Wochen und Monaten ansteigen. Denn der Engpass bei den Impfstoffen wird kleiner. Spätestens im Sommer soll die gesamte Bevölkerung durchgeimpft werden. Und dann wird die Regierung in einem Bereich gefordert sein, in dem sie bisher nicht glänzen konnte. „Es wird eine gute Kommunikation brauchen. Vor allem, weil es jetzt schon eine große Skepsis gegen die Impfung in einigen Teilen der Bevölkerung gibt“, sagt Neumayer-Stickler vom ÖGB.

Impfung im Kaffeehaus?

Natürlich wird nicht nur die Kommunikation entscheidend sein. Die Leute müssen auch niederschwellige Möglichkeiten zur Impfung haben. Wären da solche Angebote wie in Israel sinnvoll? „Da bin ich skeptisch. Die Impfung erfordert schon medizinische Beratung, Dokumentation und Beobachtung. Wir haben bereits Teststraßen, die auch in kleinen Gemeinden oft gut funktionieren. Diese könnte man einfach zu Impfstraßen umfunktionieren“, sagt Neumayer-Stickler. Auch die Impfung in Betrieben sei ein wichtiger Schritt. Die gesetzlichen Grundlagen wurden dafür schon geschaffen. „Das wäre ein wichtiger Zugang. Damit könnte man sehr viele Menschen ansprechen, ohne öffentliche Institutionen zu beanspruchen“, betont auch Gallo-Daniel.

Die gute Nachricht ist, dass sich alle Österreicher*innen, sofern sie das wollen, 2021 gegen Corona impfen lassen können. Und dann wird Schritt für Schritt der Weg in die Normalität möglich sein. Doch dieses Privileg wird weltweit nur wenigen Menschen zuteilwerden. Dass uns dieser Aspekt selbst schaden könnte, sollte genug Grund sein, um für eine gerechtere Verteilung des Impfstoffes und die Freigabe von Patenten zu kämpfen. Der andere lautet schlicht: Solidarität. ◗

VIER WICHTIGE FORDERUNGEN

für eine gerechtere Verteilung von Impfstoffen

1 / Reiche Staaten müssen der zeitlich befristeten Aufhebung von Patenten und Lizenzen zustimmen:

Ein Antrag, der von 100 Ländern bei der Welthandelsorganisation eingebracht wurde und den auch mehrere NGOs unterstützen, würde auf lange Sicht auch die Produktion von Impfstoffen erleichtern und vor allem verbilligen. Reiche Staaten blockieren diesen sogenannten „TRIPS Waiver“ jedoch aufgrund von Eigeninteressen. Damit wird auch die Entwicklung billiger Generika verhindert.

2 / Die Finanzmittel für COVAX müssen erhöht werden:

1,7 Milliarden Impfdosen sollen ärmeren Ländern durch COVAX zur Verfügung gestellt werden. Doch das Programm kann mit den Preisen für die Impfdosen aktuell kaum mithalten. Eine Aufstockung der Förderung würde das zumindest kurzfristig erleichtern. Österreich trägt aktuell 2,4 Millionen Euro zu dem Programm bei und liegt damit unter dem europäischen Durchschnitt.

3 / Die Produktionskapazitäten für Impfstoffe müssen weltweit besser genutzt werden:

Der größte Hersteller von Impfstoffen ist aktuell Indien – doch die dortigen Kapazitäten werden aktuell kaum genutzt. Auch wenn die Umstellung der dortigen Produktion Zeit brauchen würde, könnte man in Zukunft eine bessere Versorgung der Länder des globalen Südens garantieren.

4 / Der Einsatz von öffentlichen Forschungsgeldern muss zu frei verfügbaren Patenten führen:

Die öffentliche Hand gibt viel Geld für Grundlagenforschung aus. Allein für Corona-Therapien sowie Impfstoffe geht man von insgesamt 93 Milliarden Euro aus. Doch auch abseits der Pandemie wird öffentliches Geld für die Entwicklung von Innovationen aufgebracht, die in weiterer Folge von privaten Unternehmen patentiert werden. Das sollte von der Politik unterbunden werden, um offene Patent-Pools zu schaffen.

Ist ein anderes Wirtschaftssystem möglich?

© Hartlauer

Vor knapp fünfzig Jahren wurde ein endloses Wirtschaftswachstum erstmals von einem breiten Expert*innengremium angezweifelt. Was damals als Affront galt, gewinnt im Lichte der letzten Wirtschafts-, Klima- und Gesundheitskrisen vermehrt an Bedeutung. Umwelt- und soziale Aspekte des Wirtschaftens finden sich nun vermehrt im Mainstream politischer und ökonomischer Debatten. Sie zeigen auf, dass unser System, dessen Stabilität von endloser Stimulation der Konsument*innennachfrage abhängt, fragil ist und wir damit eine irreversible Zerstörung der Umwelt, wachsende Ungleichheit und Ausbeutung von Menschen in Kauf nehmen. Ein neues Wirtschaftssystem ist deshalb nicht nur möglich, sondern notwendig. Es braucht den Mut, soziale Fragen in den Mittelpunkt zu stellen und neue Lösungen für wiederkehrende Probleme anzuwenden. Ein System, das ein gutes Leben für alle ermöglicht, baut letztlich auf neuen Konzepten von Produktivität, Beschäftigung und Vermögensbesitz auf und berücksichtigt ökologische Grenzen.

MIRIAM BAGHDADY
FACHEXPERTIN IN DER ABTEILUNG VOLKSWIRTSCHAFT BEIM ÖGB

Arbeit&Wirtschaft 2/2021

Was, wenn der Blackout kommt?

Minimale Abweichungen können das gesamte europäische Stromnetz zum Erliegen bringen. Expert*innen sind sich sicher: Es stellt sich nicht die Frage, ob es passieren wird – die Frage ist, wann. Aber wie kann man sich eigentlich darauf vorbereiten?

TEXT LEO STEMPFL

Ob in Filmen, Büchern oder Videospielen, Dystopien eint meist ein Merkmal: Es gibt keinen Strom. Doch von Fiktion kann keine Rede sein. Also was passiert, wenn wirklich eines Tages das Licht ausgeht? Werden wir uns nach zwei Wochen im Mittelalter wiederfinden, wie so oft in Warnungen zu lesen ist? Werden wir im Chaos versinken? Zeit für Panik?

Im Gegensatz zu Hochwasser oder einer Pandemie kündigt sich ein Blackout nicht an. Von einem Moment auf den anderen bleibt alles stehen. Das Licht geht aus, die U-Bahn stoppt, die Gastherme versagt den Dienst. Noch bevor man von der Erkundungstour zum Sicherungskasten zurück ist, folgt der Mobilfunk.

Knappe drei Millionen Österreicher*innen würden nicht viel länger als vier Tage mit ihren Vorräten über die Runden kommen, wie eine Studie zur Ernährungsvorsorge herausfand. Hilfe könnte man in den ersten Tagen allerdings keine erwarten – die Feuerwehr wäre eine komplette Woche allein damit beschäftigt, eingeschlossene Menschen aus Aufzügen oder Gondeln zu befreien.

Mitte Februar dieses Jahres reichten in Texas Temperaturen von minus 15 Grad, um Millionen von Menschen tagelang im Dunkeln sitzen zu lassen. Die Bauteile der Erdgaskraftwerke waren schlicht nicht auf solche Kältewellen ausgelegt. Supermärkte mussten Waren entsorgen, aus der Leitung kam kein Wasser mehr.

Täglicher Balanceakt

Solch technisches Versagen ist auch bei uns möglich, denn Energie ist bisher nicht im großen Stil speicherbar. Österreich muss jedes Jahr ganze 29 Terawattstunden importieren und 23 exportieren. So wird das Stromnetz zusätzlich belastet. Die Liberalisierung des Strommarkts im europäischen Verbundsystem führt zu einem dauerhaften Engpassmanagement. Jeder Tag ist ein Balanceakt.

Überall war erst kürzlich in den Medien zu lesen: „Europa schrammte haarscharf am Blackout vorbei.“ Einige Wochen später konnte der Vorfall schließlich rekonstruiert werden: Am 8. Jänner gehen außergewöhnlich viele Stromexporte aus Südosteuropa in Richtung Westen. Eine Kupplung im Umspannwerk Ernestinovo (Kroatien) wird überlastet. Um 14.04 Uhr und exakt 25 Sekunden fliegt die erste Sicherung, andere Leitungen werden überlastet, fliegen ebenso. Eine Kaskade. Fällt eine, fallen alle. Südosteuropa musste kurzerhand vom Verbundnetz abgetrennt werden.

„Die meisten Kund*innen im Versorgungsgebiet der Wiener Netze haben diesen Vorfall kaum oder gar nicht bemerkt“, erzählt der Sprecher der Wiener Netze Christian Call, ein Experte für Versorgungssicherheit, „kommt es zu Abweichungen bei der Frequenz oder der Spannung, wird Alarm ausgelöst, und es greifen sofort automatische Systeme zur Netzstabilisierung des Energiesystems ein – wenn notwendig, mit Unterstützung aus dem Kraftwerksbereich.“ Über das Austrian Awareness System sind alle Bundesländer miteinander ständig im Austausch. Nur 42 Sekunden später war die exakte Frequenz von 50 Hertz wieder hergestellt, nach einer weiteren Stunde waren die sicherheitshalber getrennten Bereiche in Europa wieder am Netz.

Gefährlich ist es aber auch schon in Österreich geworden, und zwar mitten in Wien. Am 31. Juli 2018 waren weite Teile des siebten Bezirks ohne Strom. Ein Kabeldefekt. „Addendum“ berichtete damals über Evi Pohl-Iser, die den Bereich „Hilfe und Pflege daheim“ beim Wiener Hilfswerk leitete. Der Mobilfunk war sofort weg, elektronische Türöffner funktionierten nicht mehr. Besonders heikel: „Die Pflegeanleitungen mit Medikamentendosierungen, die via Mobilfunk von der Zentrale auf die mobilen Tablets der Mitarbeiter*innen gespielt werden, waren nicht mehr abrufbar.“

Wenn nichts mehr geht

„Man spricht von einem Blackout, wenn es zu einem plötzlichen, großräumigen und länger andauernden Stromausfall kommt“, erklärt Dominik Zeidler, stellvertretender Geschäftsführer des Wiener Zivilschutzverbandes. Die „Helfer Wiens“ sind eine Präventionseinrichtung. „Unser Auftrag ist es, die Bevölkerung auf solche Situationen vorzubereiten.“ Denn im Ernstfall ist diese erst mal auf sich allein gestellt. Das Netz einfach wieder hochfahren, und kurz darauf ist wieder Strom da? – „Das wird es im Ernstfall nicht spielen“, mahnt Zeidler.

> *„Die einzige Informationsquelle ist dann das batteriebetriebene Radio.“*
>
> Dominik Zeidler, Wiener Zivilschutzverband

„Im schlimmsten Fall dauert es 24 bis 48 Stunden, bis die kritische Infrastruktur wieder am Netz hängt. Bis der einzelne Haushalt wieder Strom hat, kann es schon mehrere Tage dauern.“ Wenn der Strom weg ist, weiß man erst mal nichts weiter, außer dass er ausfällt. Nur: Wie lange? Minuten, Stunden, Tage, Wochen? „Information wird das wichtigste Gut sein“, so Zeidler, doch ohne Strom, ohne Mobil- und ohne Festnetz würde sie gar nicht mehr ankommen. „Die einzige Informationsquelle ist dann das batteriebetriebene Radio.“

Wie sieht der Ernstfall aus? „Im schlimmsten Fall dauert es 24 bis 48 Stunden, bis die kritische Infrastruktur wieder am Netz hängt“, sagt Dominik Zeidler vom Wiener Zivilschutzverband.

Das Umspannwerk Wien-Südost: 90 Minuten würde es im Normalfall in Wien dauern, bis alle Haushalte wieder mit Strom versorgt sind.

„In Wien dauert es unter normalen Bedingungen im Schnitt 90 Minuten, bis alle Kund*innen wieder mit Strom versorgt sind“, beruhigt Christian Call. „Sollte bei einem überregionalen Stromausfall ein Wiederherstellen der Versorgung über den Übertragungsnetzbetreiber nicht möglich sein, werden die in Wien befindlichen Kraftwerke für den Aufbau einer stabilen regionalen Versorgungsinsel genutzt.“ Diese Stromversorgung „von null weg“ kann schon einmal länger dauern.

Trinkwasser

Anders ist es beim Trinkwasser. „Da müssen wir dem Kaiser und seinem Team ewig dankbar sein“, sagt Zeidler. Denn dieser plante für das damals über zwei Millionen Einwohner*innen große Wien jene beiden Hochquellwasserleitungen, auf die wir bis heute zurückgreifen. „In manchen höher gelegenen Stockwerken wäre es allerdings empfehlenswert, sich mit den Nachbarn darunter gut zu stellen.“ Dort könnte es dann nämlich gelegentlich zu Problemen mit dem Wasserdruck kommen. Feldbach im Südosten der Steiermark, 13.000 Einwohner*innen. Ein Hauptwohnsitz in dieser Gemeinde ist ein Sechser im Blackout-Jackpot. Während jene EU-Richtlinie, die seit 2012 eine Notstromversorgung von Tankstellen vorsehen sollte, in Österreich bis heute nicht umgesetzt wurde, geht man hier einen eigenen Weg. Die Ortschaft machte sich „Blackout-sicher“.

Selbst wer nicht die Mittel zur Vorsorge hat, wird hier Gewissheit haben, Hilfe zu erhalten. 13 „Kat-Leuchttürme“ unterstützen den Wiederaufbau des Stromnetzes und übernehmen die Verteilung von Hilfsgütern. Sie befinden sich im örtlichen Feuerwehrhaus, der Eisstockhalle, dem Gemeindegebäude. Dort gibt es Trinkwasser in Hochbehältern und Treibstofftanks. Mit Notstrom werden sie rund um die Uhr betrieben, Bürger*innen können sich aufwärmen, notfalls dort schlafen und mitgebrachtes Essen an sicheren Kochstellen zubereiten.

Per Fahrradkurier, Festnetzdirektleitung oder Funk ist jeder „Kat-Leuchtturm“ mit der Zentrale verbunden. Jede*r Feldbacher*in weiß, wo der nächste Leuchtturm steht. 8.000 Broschüren wurden an Haushalte verteilt, eine Serie zum Thema Blackout stellte den Schwerpunkt in der Gemeindezeitung dar. Jedes Jahr am Tag des Zivilschutz-Probealarms gibt es Info-Veranstaltungen am Hauptplatz.

Kommt es wirklich hart auf hart, hilft als Informationsquelle nur noch das batteriebetriebene Radio. Bis beispielsweise das Kraftwerk Wien-Simmering wieder läuft, könnte es Tage dauern.

Vorsorge statt Panik

Panik entsteht grundsätzlich, wenn Menschen sich eingesperrt und hilflos fühlen sowie keine Kommunikation möglich ist. „Worauf es ankommt, ist die Vorbereitung des Einzelnen, etwa durch eine gute Bevorratung“, rät die Krisenpsychologin Barbara Juen von der Universität Innsbruck deswegen. „Besonders wichtig ist dabei die Bereitstellung von alternativen Kommunikationsmitteln. Wie gut man in der Lage ist, Isolation auszuhalten, ist aber von Person zu Person verschieden. Ein möglicher Denkansatz ist es, kreativ zu werden und die Situation als Herausforderung zu sehen, aus der man etwas lernen kann. Das gilt auch für die lokale Gemeinschaft und die Gesellschaft als Ganzes, die ebenso einen Notfallplan brauchen.“

Mittlerweile gibt es bereits repräsentative Studien zu den Auswirkungen der aktuellen Ausnahmesituation auf das Bewusstsein der Bevölkerung. Lisa Patek vom Umfrageinstitut Marketagent fasst zusammen: „Die Corona-Pandemie hat bei gut vier von zehn Österreicher*innen durchaus das Bewusstsein für drohende Krisen geschärft. Mehr als ein Drittel der Befragten trifft seit COVID-19 bessere Vorbereitungen für derartige Ausnahmesituationen, was für den Fall eines Blackouts möglicherweise von Vorteil sein könnte.“

Soziale Dimensionen

Auch Dominik Zeidler rät deswegen zur Vorsorge: „Während der Pandemie hatte man immer die Chance, einkaufen zu gehen. Das geht bei einem Blackout nicht.“ Wer seinen Haushalt gut gestaltet und den individuellen Bedürfnissen anpasst, kann solch eine Ausnahmesituation ohne Weiteres überstehen. Wichtig ist dabei, auch jene zu erreichen, die sich sonst nicht mit solchen Themen beschäftigen. „Aber auch Gesellschaftsspiele und Bücher sind besonders wichtig“, so Zeidler, denn Unterhaltungsprogramm gibt es keines mehr. Das Schlimmste ist wohl, nicht zu wissen, wie es der Familie und Freunden geht. „Schon jetzt leiden wir darunter, dass wir keine – oder weniger – soziale Kontakte haben. Bei einem Blackout ist das Problem, dass wir niemanden anrufen können.“

Man sollte sich deswegen innerhalb der Familie absprechen. Wo und wann trifft man sich bei einem Blackout? Welcher Haushalt ist innerhalb der Familie am besten geeignet? Gibt es einen Balkon oder sogar ein Haus mit Garten? „Auch mit dem Arbeitgeber sollte man klären: Muss ich beim Blackout in die Arbeit? Kann ich das überhaupt? Ist das sinnvoll? Das darf man nicht unterschätzen. Solche sozialen Unterschiede merkt man ja auch jetzt in der Pandemie leider ganz stark“, sagt Zeidler.

Es ist nicht die Frage, ob – es ist die Frage, wann. – Darin sind sich alle Experten einig. Wichtig ist, nicht Panik zu verbreiten, sondern zu sagen: „Okay, das ist ein mögliches Szenario – und daher ist eine Vorbereitung so wichtig!“ ◗

DREI FRAGEN ZUM THEMA

an den AK-Energieexperten **Josef Thoman**

Wieso droht in der Netzsicherheit eigentlich eine Überbelastung?

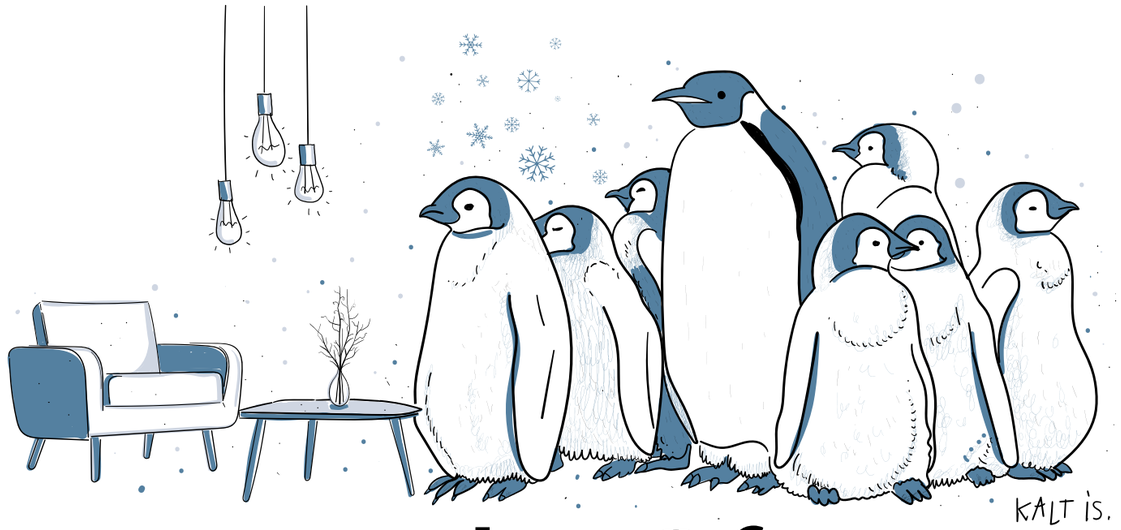
Die Versorgungssicherheit wird zum überwiegenden Teil von privaten Haushalten finanziert. Obwohl diese nur ein Viertel des Stroms verbrauchen, kommen sie zu 44 Prozent für die Netzkosten auf. Ein Problem dabei ist die fehlende Kostenwahrheit im europäischen Stromnetz. Denn für Stromhändler gibt es keinerlei Anreize, die Kapazitäten des Netzes zu berücksichtigen. Ein Händler kann den Strom quasi gratis durch ganz Europa schicken. Wir haben jetzt seit mehreren Jahren die absurde Situation, dass wir jede Menge Kraftwerkskapazitäten in der sogenannten Netzreserve bereithalten müssen, um eine Überlastung der Netze zu vermeiden. Das ist teuer.

Müssen wir Angst vor einem Blackout haben?

Das aktuelle System ist keinesfalls perfekt. Die Frage müsste deswegen lauten, wie wir das System in Zukunft weiterentwickeln können, um diese Gefahr zu verringern. Auch die erneuerbaren Energien stellen dabei per se kein Problem für die Versorgungssicherheit dar. Sie speisen ihre Energie meist volatiler, also unregelmäßig, ein. Mit dem Erneuerbaren-Ausbaugesetz sollte sich die Situation zumindest ein Stück weit bessern. Denn dann gibt es stärkere Anreize, Strom zu erzeugen, wenn auch die Nachfrage da ist.

Wozu überhaupt Versorgungssicherheit?

Die Versorgungssicherheit mit elektrischer Energie ist einerseits wesentliche Grundlage für das Wirtschaftssystem. Auch ein kurzzeitiger Ausfall wird insbesondere in der Industrie schnell teuer. Sie ist aber auch ein zentrales Element der Daseinsvorsorge. Ob Wärmepumpen oder Infrarotheizungen, wir heizen immer mehr mit Strom, und auch die Versorgung mit anderen Energieträgern ist häufig von der Stromversorgung abhängig. In vielen Haushalten kann ein Stromausfall also von einer Sekunde auf die andere Kälte bedeuten.



Jetzt ist der Ofen aus

In der Pandemie können sich viele Menschen Heiz- und Stromkosten nicht mehr leisten und schon gar nicht energiesparende Geräte und thermische Sanierungen finanzieren. Die AK fordert einen Energie- und Klimahilfsfonds, der Energiearmut systematisch bekämpft und die Energie- und Klimawende voranbringt.

TEXT ALEXANDRA ROTTER

Wer seine Stromrechnung nicht mehr zahlen kann, Schulden beim Energielieferanten anhäuft oder aus Geldmangel die Heizung kaum noch aufdreht, ist von Energiearmut betroffen. Und die Lage dürfte sich durch die Corona-Krise weiter verschärft haben. Dorothea Herzele und Sandra Matzinger, Referentinnen in der Abteilung Wirtschaftspolitik bei der AK Wien mit Schwerpunkt Energiepolitik, haben von Sozialorganisationen erfahren, dass das Problem der Energiearmut seit Herbst 2020 laufend zunimmt – wenngleich es noch wenig explizite Zahlen dazu gibt. Die Daten des EU-SILC, einer jährlichen Erhebung über die Lebensbedingungen der Privathaushalte in der EU, liegen für 2020 noch nicht vor. 2019 konnten es sich der SILC-Befragung zufolge knapp 160.000 Personen in Österreich nicht leisten, ihre Wohnung im Winter warm zu halten. 372.000 konnten ihre Energierechnungen nicht pünktlich zahlen. Und ungefähr jede*r elfte Österreicher*in (mehr als 820.000) war mit Feuchtigkeit oder Schimmel in den eigenen Wohnräumen konfrontiert – 158.000 davon Kinder und Jugendliche unter 17 Jahren. Eine weitere Zahl ist hier interessant: Die AK erhob 2020 in ihrer Studie „So heizt Österreich“, dass rund 16.500 Haushalte über kein fest installiertes Heizungssystem verfügen.

Verdeckte Energiearmut

Sandra Matzinger verweist zudem auf eine Dunkelziffer: „Eine alte verwitwete Frau beispielsweise, die Mindestpension bezieht und in ihrem Haus nur ein Zimmer beheizt, wird niemandem auffallen, denn sie kommt ja über die Runden und zahlt ihre Rechnungen pünktlich.“ Auch Menschen, die aufgrund von Energiearmut ihre Heizung nur auf 18 Grad drehen, scheinen bisher in der Statistik nicht auf, solange sie ihre Rechnungen zahlen. Matzinger: „Die verdeckte Energiearmut ist ein massives Problem.“ Zwar weiß man durch EU-SILC ein bisschen etwas zum Thema Heizen, doch wirklich viel Datenmaterial gibt es über Energiearmut und Stromnutzung auch nicht. Dabei wären Daten dazu besonders jetzt wichtig, denn gerade in Lockdown- und Homeschooling-Zeiten, wo oft die ganze Familie zu Hause ist, steigt der private Strombedarf stark an.

Immerhin ist die Anzahl der Haushalte bekannt, denen aufgrund unbezahlter Rechnungen Strom oder Gas abgedreht wurde oder die durch Stundungen bzw. Ratenzahlungen über die Runden kommen

Arbeit&Wirtschaft 2/2021

*Derzeit müssen Konsument*innen selbst mit dem Energieanbieter verhandeln und sind letztlich von seinem guten Willen abhängig.*

– diese Daten, die von der E-Control erhoben werden, gibt es schon aus den Monaten nach dem ersten Lockdown. So wurden 2020 zwischen April und Juni 10.900 Stromabschaltungen nicht durchgeführt, um von Energiearmut betroffenen Haushalten in der Krise zu helfen. Beim Gas wurden 3.500 Abschaltungen nicht durchgeführt. Im Strombereich wurden mehr als 19.000 Stundungen gewährt, rund 7.000 Ratenzahlungsvereinbarungen abgeschlossen und 24.000 Haushalten die Teilzahlungsbeträge weiter reduziert. Doch Herzele und Matzinger schreiben dazu in einem Arbeit&Wirtschaft-Blogbeitrag: „Dies waren grundsätzlich wichtige Maßnahmen, um Haushalten rasch und unkompliziert Hilfe zukommen zu lassen. Eine nachhaltige Strategie wurde jedoch nicht entwickelt. Was passiert nach Auslaufen der Branchenvereinbarung, wenn Haushalte immer noch finanziell belastet sind?“ Sie fordern eine gesetzliche Regelung, die Energielieferanten dazu verpflichtet, Ratenzahlungen über einen Zeitraum von 24 Monaten zu ermöglichen. Derzeit müssen Konsument*innen selbst mit dem Energieanbieter verhandeln und sind letztlich von seinem guten Willen abhängig.

Klimaneutralität

Energiearmut hat sowohl soziale als auch gesundheitliche Auswirkungen. Wer seine Wohnung nicht oder kaum heizen kann, verkühlt sich leichter und wird zudem niemanden einladen. Wer sein Smartphone nicht aufladen kann, kann nicht erreicht werden und niemanden anrufen. Außerdem verweisen Sandra Matzinger und Dorothea Herzele darauf, dass Energiearmut auch dazu führt, dass Menschen nicht in Energieeffizienz investieren. Herzele: „Energieeffizienz durch bessere Geräte und ein thermisch gut saniertes Haus ist ein wesentlicher Schlüssel, um Energiekosten nachhaltig zu reduzieren.“ Es solle keine „Zwei-Klassen-Energie-Gesellschaft“ mehr geben. Matzinger: „Es gibt Haushalte, die wohl informiert darüber sind, wie sie ihren Energieverbrauch senken können, und die auch die finanziellen Mittel dafür haben. Aber es gibt eine große Gruppe, die sich da schwertut. Auf die müssen wir achtgeben, wenn wir Klimaneutralität schaffen wollen.“

Und das ist das erklärte Ziel der Klima- und Energiewende: Österreich will 2040 klimaneutral sein, die EU im Jahr 2050. Dabei verwenden laut AK-Studie „So heizt Österreich“ noch knapp 44 Prozent der Haushalte fossile Brennstoffe, um ihre Wohnräume zu heizen. Der Plan der Regierung sieht vor, dass diese rund 1,65 Millionen Haushalte stufenweise auf andere Heizsysteme umstellen. Spätestens 2035 müssen etwa alle Heizöl- und Kohlekessel ausgetauscht sein.

Zwar gibt es schon jetzt viele Förderungen, wie zum Beispiel für den Heizkesseltausch oder die Installation einer Photovoltaik-Anlage. Herzele: „Doch selbst wenn von Energiearmut Betroffene Förderungen erhalten, hilft ihnen das nicht, weil sie die nötigen Eigenmittel nicht aufbringen können.“ Sandra Matzinger fügt hinzu: „Wenn man armutsbetroffen ist, hat man vor allem andere Sorgen und stellt sich weniger die Frage, ob man neue Fenster einbauen soll oder welchen neuen Heizkessel man anschaffen könnte.“ Die AK fordert daher, dass von Energiearmut Betroffenen die Kosten etwa für einen Heizkesseltausch zu 100 Prozent erstattet werden.

Anlaufstelle

Die Eigenmittel könnten etwa durch den Energie- und Klimahilfsfonds, den die AK fordert, übernommen werden. Dieser Fonds sollte bei der Energiewende unterstützen und von Energiearmut betroffenen Personen und Familien nachhaltig helfen. So sollte er etwa bei thermischen Sanierungen, Energieeffizienzmaßnahmen, Heizungstausch und erneuerbaren Energien unterstützen – sei es durch Beratung oder finanzielle Förderung. Darüber hinaus sollte er sich als Kompetenzzentrum durch Forschungsförderungen um die interdisziplinäre Erforschung von Energiearmut kümmern und auch nationales und internationales Know-how bündeln. Zwei Beispiele: Wenig weiß man zurzeit noch über das Stadt-Land-Gefälle und über die unterschiedliche Betroffenheit der Geschlechter.

Sandra Matzinger berichtet bereits von Interesse an dem Vorschlag seitens der EU-Kommission sowie eines großen Forschungsprojekts: „Das bestätigt uns, dass das eine gute Institution wäre, um effektiv etwas zu verbessern.“ Laut Matzinger und Herzele könnte dieser Fonds für die Bekämpfung der Energiearmut auch eine treibende Kraft für eine klimagerechte Zukunft werden. Und er könnte ein Best-Practice-Beispiel sein, durch das Österreich eine neue Vorreiterrolle einnimmt. ◗

Tag der Abrechnung

Trotz historischer Wirtschaftskrise durch eine globale Pandemie melden nur wenige Firmen Konkurs an. Kein Wunder. Die Insolvenzantragspflicht ist ausgesetzt. Doch allerspätestens am Jahresende kommt sie zurück. Explodieren dann die Zahlen von Insolvenzen und Arbeitslosigkeit? Ja und nein. Eine Übersicht.

TEXT CHRISTIAN DOMKE SEIDEL

Quelle: Eurostat

Firmenpleiten funktionieren nicht wie im Film. Es gibt selten einen dramatischen, alles entscheidenden Moment, der innerhalb von Sekunden über Untergang oder Fortbestand entscheidet. Es sind auch nicht Banken oder Geschäftspartner*innen, die Unternehmen zum Konkurs zwingen. Firmen gehen über einen langen Zeitraum pleite. Bis sie irgendwann ihre Steuern oder Sozialabgaben nicht mehr bezahlen können. Statistisch betrachtet stellen in Österreich Finanzämter und die Gesundheitskassen rund die Hälfte der Insolvenzanträge. Theoretisch.

Praktisch tun sie genau das aktuell nicht. Das hat mit den Staatshilfen der Regierung in der Corona-Pandemie zu tun. Zum einen können Finanzämter und Gesundheitskassen aktuell keine Insolvenzanträge stellen, und zum anderen sind die entsprechenden Abgaben gestundet – nicht erlassen, wohlgemerkt. Wie lange dieser finanzielle Burgfrieden bestehen bleibt, ist aktuell unklar. Als wahrscheinlich gilt eine Verlängerung der Aufhebung der Insolvenzantragspflicht bis zum 30. Juni 2021, verrät Christa Schlager, Leiterin der wirtschaftspolitischen Abteilung der Arbeiterkammer, im Gespräch mit Arbeit&Wirtschaft. Auch eine Verlängerung bis Jahresende wäre im Rahmen der Vorgaben der Europäischen Union.

Es gibt Expert*innen, die mit dem Auslaufen dieser Maßnahme eine Pleitewelle erwarten. Das hat seine Gründe. In einem normalen Jahr gebe es in Österreich rund 5.000 Unternehmenspleiten, erklärt Atanas Pekanov, Ökonom am Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO). Im großen Krisenjahr 2020 waren es allerdings nur 3.100. „Diese Tatsache ergibt sich teilweise aus mehreren Regierungsmaßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft sowie zur Sicherung der Liquiditätsüberbrückung von Firmen. Vor allem aber ist es wegen der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht dazu gekommen“, erläutert Pekanov.

Wie sich eine Pleitewelle auswirkt

Eine Pleitewelle hätte eine ganze Reihe von Effekten, die in der öffentlichen Debatte oft untergehen. Zum einen unterhalten Unternehmen Geschäftsbeziehungen und haben Verbindlichkeiten. Lieferanten warten auf vielleicht überlebensnotwendiges Geld. Rettet man angeschlagene Unternehmen, vermeidet man, dass die nächsten Dominosteine – die Gläubiger – fallen. „Wenn ein Unternehmen insolvent wird, schadet das auch den Gläubigern. Wenn der Fortbestand von gesunden Unternehmen gewährleistet wird, vermeidet man diesen Schaden, und die Gläubiger haben die Chance, ihr Geld zu bekommen“, erklärt Heinz Leitsmüller, Leiter der Betriebswirtschaftsabteilung der Arbeiterkammer, die Situation.

Der zweite Punkt ist, dass die rettenden Maßnahmen auch vor unerwünschten Investoren schützen. „Wichtig ist auch, dass dadurch Notverkäufe nicht so schnell notwendig sind. Manche Branchen sind sehr exponiert, und es gibt sehr viel billiges Geld. So kann man kleine und mittlere Betriebe vor Übernahmen schützen“, führt Christa Schlager das Ganze weiter aus.

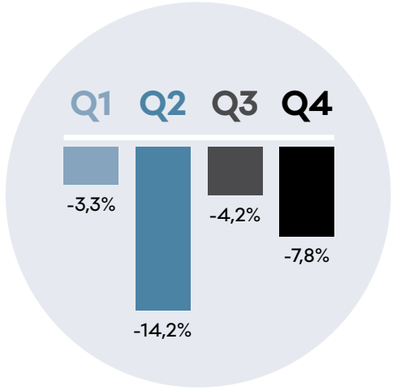
Ein drittes Argument für die vorübergehende Aufhebung der Insolvenzantragspflicht ist, dass von der Corona-Pandemie auch Unternehmen in den Abgrund gerissen werden, deren Geschäftsmodell eigentlich tragfähig ist und die über Jahre hinweg Arbeitsplätze garantieren würden. So gibt Leitsmüller zu bedenken: „Mit der Verlängerung kann man vermeiden, dass Unternehmen, die im Kern gesund sind, insolvent werden. In der jetzigen Arbeitsplatzsituation muss alles getan werden, Arbeitsplätze, die man erhalten kann, auch zu erhalten – weil es viel schwieriger ist, neue Arbeitsplätze zu schaffen, als einen bestehenden zu erhalten.“

Warnung

Eine Forderung, die nicht neu ist und mit der die Arbeiterkammer nicht allein dasteht. Schon 2020 warnte Kristalina Georgieva, Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), vor einer möglichen Verdreifachung der Pleiten von Klein- und Mittelunternehmen. Sie riet den Staatschefs, das Geld nicht mit der Gießkanne zu verteilen. Es sollten nicht alle Unternehmen gefördert werden, sondern nur die, deren wirtschaftliche Probleme auch auf das Corona-Virus zurückzuführen seien. Während des Europäischen Forums Alpbach im August 2020 appellierte Georgieva: „Investieren Sie die Hilfsgelder intelligent für die Wirtschaft von morgen und schützen Sie nicht die Wirtschaft von gestern.“

Pekanov ist der Ansicht, dass die Forderungen nicht auf unbestimmte Zeit fortgeführt werden können. Schließlich gebe es Sektoren, in denen Firmen so hart getroffen wurden, dass Insolvenzen unumgänglich seien. So etwa in der Tourismusbranche. Das sieht Leitsmüller zwar ähnlich, mahnt aber ein vorsichtiges Vorgehen der politischen Entscheider*innen an: „Die Maßnahmen von einem Tag auf den anderen auslaufen zu lassen wird schwierig. Es ist Aufgabe

BIP-Entwicklung in Österreich 2020



„In Österreich ist es nicht so, dass die Sanierung als Chance gesehen wird, sondern als Makel.“

Karin Ristic, Chefin des Insolvenzschutzverbands der Arbeitnehmer*innen

AK-Ökonom Heinz Leitsmüller zur drohenden Pleitewelle: „In der jetzigen Arbeitsplatzsituation muss alles getan werden, Arbeitsplätze, die man erhalten kann, auch zu erhalten.“

der Regierung, sich hier entsprechende Instrumente zu überlegen und Stück für Stück wieder in einen Normalbetrieb zu kommen.“

Eines dieser Instrumente könnte sein, Verbindlichkeiten, die ein Unternehmen gegenüber dem Staat hat, in Anteile umzuwandeln, erläutert Leitsmüller. So hätte der Staat Beteiligungen, die er verwerten könnte, und die betroffene Firma hätte Zeit gewonnen. Eine Maßnahme, die in Deutschland während der Corona-Krise längst ergriffen werde, führt Schlager aus. Aber: „In Österreich hat sich die Regierung bis jetzt nicht dazu hinreißen lassen, weil sie viele andere Maßnahmen geplant hatte. Einen Fonds hat bislang nur die Stadt Wien verwirklicht. Hier gäbe es einen großen Spielraum, den Unternehmen Eigenkapital zur Verfügung zu stellen.“

Auf der Kippe

Wobei vor großen Rettungsmaßnahmen die Frage zu klären wäre, ob das Unternehmen tatsächlich erst durch die Corona-Krise in Schieflage geraten ist. Als Beispiel führt Schlager ein bekanntes Wiener Kaffeehaus an. Das hatte schon vor der Krise Schwierigkeiten, schaffte es aber stets zu überleben. Erst das Corona-Virus gab dem knapp kalkulierten Budget den Rest. Zwar gebe es zur Beurteilung klare Kriterien, doch jeder Einzelfall habe seine Besonderheiten.

Dazu kämen die langfristigen Auswirkungen der Corona-Krise, die in diese Beurteilung mit einfließen müssten. „Es gibt Unternehmen, die nicht in Schwierigkeiten sind, bei denen sich aber die Branche massiv verändert hat. Im Stadttourismus zum Beispiel. Das Geschäftsmodell wird nicht länger so möglich sein wie vor COVID. So ergeben sich Schwierigkeiten, die vor COVID nicht da waren, die aber langfristig bleiben werden“, gibt Leitsmüller zu bedenken. Hier seien die Geschäftsführer*innen gefragt, mit objektivem Blick auf ihr eigenes Unternehmen zu achten, redet Karin Ristic, Chefin des Insolvenzschutzverbands der Arbeitnehmer*innen, den Manager*innen ins Gewissen: „Es werden auch jetzt Insolvenzen eröffnet. Die Verlängerung der Insolvenzantragspflicht schließt ein unternehmerisch vorsichtiges Verhalten nicht aus. Die Unternehmer*innen sind auch weiterhin gefragt, ihre wirtschaftliche Situation realistisch einzuschätzen, vorausschauend zu planen und sich nicht nur auf die Maßnahmen zu verlassen.“

Chance oder Makel?

Dies sei ein Problem, das es schon vor der Corona-Krise gegeben habe. „Es gibt nicht wenige Unternehmen, die auch ohne COVID versuchen, die Insolvenz so lange wie möglich hinauszuzögern. In Österreich ist es nicht so, dass die Sanierung als Chance gesehen wird, sondern als Makel“, führt Ristic weiter aus.

Im Falle einer Firmeninsolvenz sei es für Arbeitnehmer*innen vor allem wichtig, rechtzeitig Hilfe und Beratung zu suchen. Allen voran bei den Betriebsräten, den Gewerkschaften oder der Arbeiterkammer (siehe Infokasten). Erfahrungsgemäß komme für viele Arbeitnehmer*innen die Insolvenz ihres Unternehmens überraschend, erklärt Ristic. In dem Moment, in dem kein Lohn mehr gezahlt wird, müsse umgehend der Anspruch geltend gemacht werden.

Auf die Arbeitslosenzahlen hätte eine drohende Insolvenzwelle geringere Auswirkungen, als von der Öffentlichkeit oft angenommen. Denn die Arbeitsplätze würden schon lange vor der Insolvenz abgebaut werden. Nämlich dann, wenn das Kurzarbeitergeld ausgelaufen ist, sich die wirtschaftliche Situation aber nicht gebessert habe. „Für einen Anstieg der Arbeitslosigkeit muss man nicht auf die Insolvenzwelle warten. Die Arbeitsplätze werden wohl vor der Insolvenz verloren gehen. Wir glauben zudem, dass die Insolvenzwelle eher kleinere Unternehmen betreffen wird.“

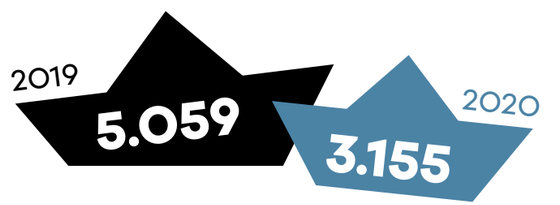
Und genau hier droht noch großes Ungemach, weiß auch Schlager: „Es gibt viele größere Unternehmen, denen es in Österreich relativ gut geht. Auch sehr vielen Branchen geht es noch gut. Es wird dramatisch für die vielen kleinen Firmen werden, da muss man darüber reden, wie man die schnell entschuldet.“

Ein-Personen-Unternehmen hätten die geringsten Rücklagen. Hier drohe eine enorme Pleitewelle, die mitunter direkt in eine Privatinsolvenz führen kann. Hier verspricht eine geplante Reform des Insolvenzrechts zumindest Linderung, wenn es nach den Plänen der Arbeiterkammer geht. Die fordert, dass für Unternehmen und Privatpersonen ähnliche Regeln gelten. Konkret: Die Entschuldung nach nur drei Jahren soll auch für Arbeitnehmer*innen gelten.

Noch lassen sich die Worst-Case-Szenarien vermeiden. Die Regierung ist gefragt, Konzepte zu entwickeln, die es Kleinunternehmen ermöglichen, Abgaben nachzuzahlen, ohne Konkurs anmelden zu müssen. Sie ist gefordert zu differenzieren, wer eine Insolvenz nur verschleppt und wer ohne das Corona-Virus tatsächlich ein prosperierendes Geschäft hätte. Ideen gibt es, Taten müssen folgen. ◗

© AK Wien, Erwin Schuh

Insolvenzen in Österreich



Quelle: Statistik Austria

Rückgang: 37,6 Prozent

VIER INFOS ZUM THEMA INSOLVENZ

Karin Ristic
Chefin Insolvenzschutzverband der Arbeitnehmer*innen

1 / Ein großer Fehler, den Arbeitnehmer*innen im Falle einer Insolvenz vermeiden müssen, ist es, einfach die Arbeit niederzulegen. Eine Insolvenzeröffnung beendet nicht das Arbeitsverhältnis. Arbeitnehmer*innen sind trotzdem weiterhin zu ihrer Leistung verpflichtet. Erst nach ordnungsgemäßer Beendigung des Vertrages können Arbeitnehmer*innen den Stift fallen lassen. Das österreichische Insolvenzrecht bietet besondere Möglichkeiten, das Arbeitsverhältnis nach gerichtlicher Schließung zu beenden.

2 / Forderungen der Arbeitnehmer*innen, die bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstanden sind, darf das Unternehmen nicht mehr bezahlen, wenn das Insolvenzverfahren erst einmal läuft. Die Forderungen der Arbeitnehmer*innen sind grundsätzlich durch den Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) gedeckt – egal, wie viel Konkursmasse das Unternehmen einbringt. Um diese Absicherung in Anspruch nehmen zu können, müssen die Forderungen im gerichtlichen Insolvenzverfahren und im Verfahren bei der IEF-Service GmbH angemeldet werden.

3 / Um im Fall einer Firmeninsolvenz zu ihren Rechten und Geld zu kommen, müssen Arbeitnehmer*innen zwingend bestimmte Fristen einhalten. Die Arbeiterkammer berät die betroffenen Arbeitnehmer*innen und bietet kostenlose Vertretung durch den Insolvenzschutzverband für Arbeitnehmer*innen (ISA) an.

4 / Bei Vertretung durch den ISA – das ist bei etwa 98 Prozent aller Antragsteller*innen der Fall –, vergehen durchschnittlich rund eineinhalb Monate zwischen Antrag und Erstzahlung der Arbeitnehmer*innen-Forderungen aus dem IEF. Unvollständige Unterlagen der Lohnbuchhaltung können diesen Zeitraum verlängern.

Wird's besser?
Wir wissen es nicht.

Kurzarbeit, Ausfall von Aufträgen, Kündigungen: Das vergangene Jahr war für viele aufgrund der COVID-19-Pandemie finanziell schwierig – auch für Menschen, die glaubten, ihre Finanzen gut im Griff zu haben. Gudrun Steinmann von der Schuldnerberatung Wien über die Fragen, die sich nun neu stellen.

INTERVIEW MAGDALENA MIEDL

Arbeit&Wirtschaft: Mit dem Ende des gesetzlichen Stundungsrechts auf Kredite, das mit Jänner ausgelaufen ist, rückt für viele Menschen ein Privatkonkurs erschreckend nahe. Ist das bei der Schuldnerberatung schon zu spüren?

Gudrun Steinmann: Prinzipiell ist der Jänner bei uns immer ein stark frequentierter Monat, weil viele Menschen durch Neujahrsvorsätze am Anfang des Jahres motiviert sind, ihre Schulden zu regeln. Aber der Plafond ist noch nicht erreicht, wir rechnen damit, dass die Zahlen im dritten und vierten Quartal noch einmal stark steigen. Auch wenn die Kreditstundungen jetzt auslaufen, werden die Kredite nicht von heute auf morgen fällig gestellt – da ist immer noch eine Zeitspanne zwischen dem Moment, wo das Prozedere anläuft mit Klage, Gerichtsvollzieher und Pfändung, und dem Schritt, zur Schuldnerberatung zu gehen.

Sind es jetzt andere Menschen, die zu Ihnen kommen, als noch vor einem Jahr?

Ja, es sind jetzt mehr Selbstständige, die fragen, wie sie die Insolvenz noch vermeiden können, oder wo es schon in Richtung Privatinsolvenz geht. Die andere Gruppe, die größer wird, sind Personen, die nie damit gerechnet hätten. Schulden können jeden und jede treffen, aber wir haben in den letzten Jahren gesehen, dass es vorwiegend Menschen mit einer geringeren schulischen Ausbildung sind, die in die Verschuldung tappen – und da setzen wir seit einem Jahr mit Finanzbildungsangeboten an. Jetzt trifft es auch viele, die nie damit gerechnet hätten, weil etwa beide Ehepartner einen Job haben und sich überlegt hatten, ob sie sich die Eigentumswohnung anschaffen. Wenn dann einer länger in Kurzarbeit ist und die andere den Job verliert, dann geht sich der Kredit für die Eigentumswohnung bei der besten Planung nicht aus. Aber die Corona-Auswirkungen sind so komplex, dass wir nur Mutmaßungen anstellen können; etwa was passieren wird, wenn Klein- und Mittelbetriebe zusperren, die normalerweise viele Lehrlinge aufnehmen.

Wie weit ist es überhaupt möglich, sich auf solche komplexeren Anforderungen vorzubereiten?

Wir bieten derzeit nur telefonische Beratung an, und dadurch können wir etwas effizienter arbeiten. Wir stellen dabei die Konkursanträge online, oft halten wir solche Beratungsgespräche dann über ein Videokonferenz-Tool ab, zu Gerichtsterminen gehen wir aber nach wie vor mit. Wir bereiten auch intern speziell vor, wie wir Selbstständigen bzw. ehemaligen Selbstständigen helfen können. Außerdem gibt es bei der Schuldnerberatung schon länger eine Budgetberatung, also nicht nur das Thema Privatkonkurs, sondern auch seine Vermeidung. Und wir konnten mit einer einmaligen Förderung des Sozialministeriums das Personal aufstocken, damit wir für den erwarteten Ansturm im Herbst dann auch gewappnet sind. Die Einschulung in die Schuldnerberatung dauert einige Monate, weil es doch ein sehr komplexes Fach ist.

Sie haben vorhin von Finanzbildungsangeboten gesprochen. Was ist das für ein Angebot?

Gemeinsam mit Bildungsdirektion und Arbeiterkammer Wien haben wir den Finanzführerschein unserer Kolleg*innen aus Oberösterreich übernommen, dort gibt es den von der Schuldnerhilfe seit zwölf Jahren. Wir sehen, dass sich immer mehr junge Menschen verschulden, und da gerade Menschen mit einer geringen schulischen Ausbildung leichter in die Verschuldung tappen, setzen wir in polytechnischen Lehrgängen und in Berufsschulen an. In den Polys geht es um das erste eigene Konto und darum, ein Gespür für Einnahmen und Ausgaben zu bekommen. Und in den Berufsschulen haben wir den „Finanzführerschein professional", da beschäftigen wir uns intensiv mit dem Thema erste eigene Wohnung, Versicherungen, Auto. Unser großer Vorteil ist unsere Erfahrung aus der Schuldnerberatung, weil wir Beispiele bringen können von jungen Menschen, die uns aufsuchen – wie leicht die sich verschuldet haben und wie schwierig es ist, da rauszukommen.

Nun existiert der Finanzführerschein in Wien seit genau diesem Jahr, in dem es Schulschließungen und Lockdowns gab. Wie haben Sie die Schüler*innen erreicht?

Wir haben alles auf Online-Module umgestellt. Die Schüler*innen kriegen alle von uns über die Schulen die Unterlagen in einer Finanzführerschein-Mappe mitsamt Kugelschreiber geliefert, und dadurch geht das online auch recht gut. Natürlich ist es nicht das Gleiche, wie wenn wir vor Ort sind, aber die Jugendlichen sind sehr fix. Wir haben da auch inhaltlich noch nachgeschärft – es geht viel um Ratenkauf, Onlinekauf, was es bedeutet, wenn ich während Corona den Job verliere, wie schnell ich da weniger Einkommen habe. Wir ermuntern die Jugendlichen, Geld aktiv anzusprechen, auch wenn das ein sensibles Thema ist, auch in der Familie und im Freundeskreis das Wissen und die Tricks weiterzugeben.

Niemand muss sich schämen für Schulden, sagt Gudrun Steinmann von der Schuldnerberatung Wien. Staatlich anerkannte Beratungen sind kostenlos, anonym und vertraulich. Achtung: Unseriöse Anbieter im Internet werden immer häufiger.

Kommen auch bei diesen Online-Modulen Rückmeldungen, hat sich da jetzt schon merklich viel verändert?

Ja, wir hören etwa von Schüler*innen, dass sie merken, es ist schwieriger, eine Lehrstelle zu finden. Die Betriebe suchen weniger Jugendliche, und es ist alles sehr ungewiss. Und in den Berufsschulen wird uns immer wieder berichtet, dass jemand in der Familie schon in Kurzarbeit ist, dass im Freundeskreis jemand den Job verloren hat – das Thema ist merkbar und präsent. Es kann wirklich jeder und jedem passieren, es ist keine Schande. Wir haben bei uns auch Profisportler sitzen gehabt und Schauspielerinnen. Auch mir kann das passieren. Wenn ich lange krank bin, wird sich mein Arbeitgeber auch von mir trennen, ich kriege dann nur Krankengeld und kann meinen Kredit nicht mehr zurückzahlen. Schulden sind kein Einzelschicksal, und bei uns nachzufragen kostet nichts.

Was ist der Moment, in dem sich jemand entscheidet, zu Ihnen zu kommen?

Manchmal ist es so, dass Freunde oder Familienangehörige sagen: „So, du gehst jetzt da hin." Manchmal erfahren die Leute zufällig von uns, ein Flyer bei einer Messe, ein Artikel in einer Zeitung oder ein Fernsehbeitrag. Vielen ist es unangenehm, aber wir schimpfen ja nicht, sondern versuchen, Lösungswege aufzuzeigen. In neun von zehn Fällen finden wir einen Ausweg. Oft ist es der Privatkonkurs, manchmal gibt es aber auch andere Möglichkeiten, wie Abschlagszahlungen, außergerichtliche Ausgleiche und so weiter. Es ist schwer: Wann sagt man, es geht wirklich nicht mehr? Jeder von uns hat einen Grundoptimismus und sagt: Okay, ab März wird's besser. Und das ist das Schwierige an der jetzigen Situation. Weil wir es hoffen, aber wir wissen es nicht. ◗

Arbeit&Wirtschaft 2/2021

„Es kann wirklich jeder und jedem passieren, es ist keine Schande."

Gudrun Steinmann, Schuldnerberatung Wien

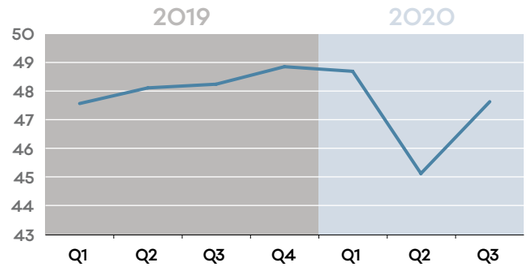
Arbeit&Wirtschaft 2/2021

Lockdown-Schock

Wir wissen bereits: Die Wirtschaft ist im vergangenen Jahr massiv eingebrochen. Aber wie hat sich das auf Löhne und Gehälter ausgewirkt? Die Daten zum ersten Lockdown sind bereits verfügbar – und sie zeigen ein dramatisches Bild.

Arbeitnehmer*innenentgelt

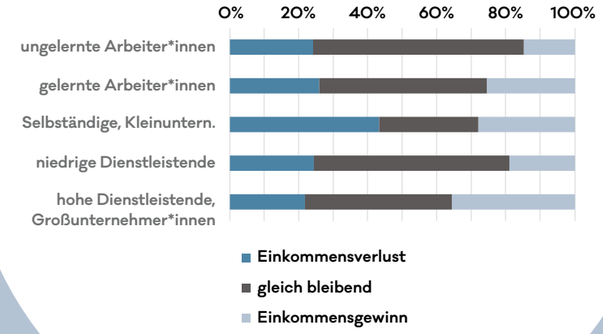
brutto, inkl. Sozialversicherungsabgaben in Mrd. €



Quelle: Statistik Austria

In den Daten des Vorjahres bereits sichtbar ist der Einbruch der Arbeitnehmer*innenentgelte: In den sechs Monaten von Beginn der Krise bis Ende September wurden 3,6 Milliarden Euro weniger als im Vorjahr an Löhnen und Gehältern ausbezahlt.

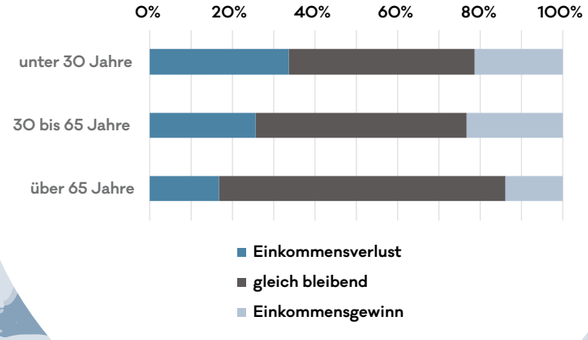
Einkommensentwicklung nach Erwerbsformen



Quelle: Austria Corona Panel Project, Thomas Resch
Entwicklung Februar bis
Mitte September 2020

Egal, ob ungelernte Arbeiter*in oder Fachkraft – alle haben Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Besonders betroffen waren Selbstständige und Kleinunternehmer*innen. Großunternehmer*innen verzeichneten die größten Einkommensgewinne.

Einkommensentwicklung nach Alter

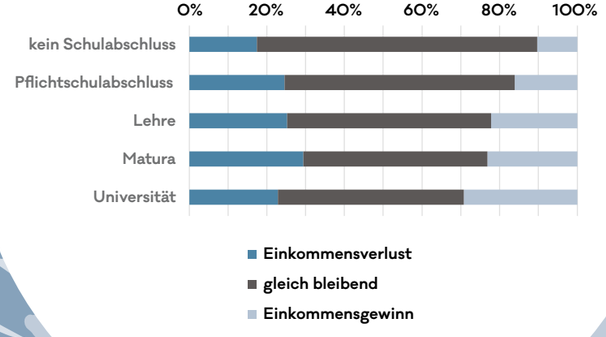


Quelle: Austria Corona Panel Project, Thomas Resch
Entwicklung Februar bis
Mitte September 2020

Etwas mehr als ein Drittel der unter-30-Jährigen erlitt von Februar bis September 2020 Einkommensverluste. Vergleichsweise stabil haben sich die Einkommen der über-65-Jährigen entwickelt – nicht zuletzt dank des Pensionssystems.

Personen mit Lehrabschlüssen hat es besonders hart bei den Einkommenseinbußen erwischt – was auch an den starken Rückgängen im Hotel- und Gastgewerbe liegt. Personen mit Universitätsabschlüssen haben hingegen am häufigsten Einkommensgewinne erzielt.

Einkommensentwicklung nach Bildungsabschluss



Quelle: Austria Corona Panel Project, Thomas Resch
Entwicklung Februar bis
Mitte September 2020

Illustrationen: Miriam Mone, Infografiken: Thomas Jarmer, Recherche: Michael Mazohl

Gekommen um zu bleiben?

Wer nicht ins Homeoffice will, muss auch nicht. Wer das eigene Handy im Homeoffice nutzt, bekommt zukünftig die Kosten ersetzt. Stolpern über das Laptop-Kabel während der Arbeitszeit gilt nun als Arbeitsunfall. Die neuen Homeoffice-Regelungen bringen endlich Klarheit und zahlreiche Verbesserungen für Beschäftigte.

TEXT IRENE STEINDL

Spätestens seit dem zweiten Lockdown ist klar: Nicht alles läuft im Homeoffice günstig. Zum Beispiel, dass nicht alle immer freiwillig zu Hause arbeiten; dass es an Vereinbarungen mangelt; dass Arbeitgeber oft keinen Laptop, kein Handy oder Internet zur Verfügung stellen oder nicht dafür zahlen; dass – vor allem Frauen – kein eigenes Arbeitszimmer haben und der Küchensessel alles andere als ergonomisch ist. Während die ehemalige Arbeitsministerin verabsäumt hat, hier rasch Klarheit zu schaffen, haben die Sozialpartner ein Homeoffice-Paket geschnürt, das Arbeitnehmer*innen deutliche Verbesserungen bringt.

Kein Muss

Klar ist: Homeoffice bleibt freiwillig. Weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer*innen können Homeoffice einseitig durchsetzen. „Wenn man die eigene Wohnung für die Arbeit zur Verfügung stellt, sollte man selbst entscheiden, ob man das will. Und nicht der Arbeitgeber“, so der Ökonom David Mum von der Gewerkschaft GPA. Homeoffice muss also vereinbart werden, und zwar schriftlich. Etwa, dass Susanne jeden Dienstag und Donnerstag je acht Stunden im Homeoffice arbeitet und dafür einen Firmenlaptop und ein Firmenhandy benutzt. Dank Rücktrittsrecht können Beschäftigte wie auch Arbeitgeber aus der Vereinbarung einseitig aussteigen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Wenn sich beispielsweise die Bedingungen zu Hause ändern. Wenn man umzieht, Kinder bekommt oder konzentriertes Arbeiten zu Hause nicht mehr möglich ist, weil der Nachbar gerade die Wohnung renoviert.

Arbeit&Wirtschaft 2/2021

„Wenn man die eigene Wohnung für die Arbeit zur Verfügung stellt, sollte man selbst entscheiden, ob man das will. Und nicht der Arbeitgeber.“

David Mum, GPA

Recht auf Kostenersatz für digitale Arbeitsmittel

Ein Drittel der Beschäftigen im Homeoffice hat letztes Jahr mit eigenen Arbeitsmitteln gearbeitet – oft ohne jeglichen Kostenersatz. Zwar mussten Arbeitgeber die Kosten für gewisse Aufwendungen schon bisher decken, sie konnten vertraglich aber davon abweichen. Das geht nun nicht mehr. Die neue Homeoffice-Regelung stellt klar: Arbeitgeber müssen die notwendigen digitalen Arbeitsmittel wie Laptop, Handy, Internet oder digitale Konferenztools zur Verfügung stellen oder andernfalls eine angemessene Abgeltung leisten. An dieser Bestimmung kann auch einzelvertraglich nicht gerüttelt werden.

Im Arbeitsverfassungsgesetz wird ein neuer Tatbestand für freiwillige Betriebsvereinbarungen zu Homeoffice geschaffen. Warum ist das wichtig? „Wird Homeoffice in einem Unternehmen eingeführt, wäre es gut, Spielregeln zu haben und diese mit dem Betriebsrat auszuverhandeln. Die Betriebsvereinbarung schafft hier einheitliche Regelungen für alle Beschäftigten“, erklärt ÖGB-Rechtsexperte Martin Müller. IFES-Studien haben gezeigt, dass der gerechte Zugang zu Homeoffice ein großes Thema ist. Wer darf ins Homeoffice? Unter welchen Bedingungen? Fair war das nicht. Die IFES-Studie hat auch gezeigt: Dort, wo Betriebsräte mittels Betriebsvereinbarungen Homeoffice regeln, ist auch der Zugang für die Beschäftigten gerechter und funktioniert das Homeoffice besser. „Der Stellenwert dieser Betriebsvereinbarung als eigener Tatbestand – das hat eine gewaltige Aussagekraft“, meint Silvia Hruška-Frank, Leiterin der Abteilung Sozialpolitik der Arbeiterkammer Wien. Das Arbeitsverfassungsgesetz sei ein Gesetz, in das man nur selten eingreife. „Es ist eine Anerkennung dafür, dass Betriebsräte besser durch die Krise geholfen haben“, so Hruška-Frank.

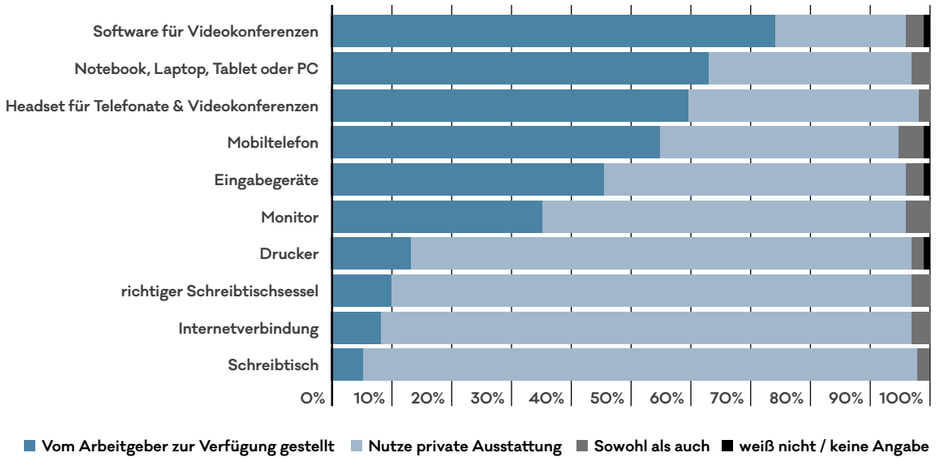
Zukünftig muss man sich die Regelungen für die Betriebsvereinbarung also nicht aus mehreren Paragrafen zusammenstoppeln, sondern hat einen eigenen Tatbestand dafür. Ein Wermutstropfen bleibt aber, so Martin Müller. „Wir wollten die Mitbestimmung der Betriebsräte noch mehr stärken, durch eine erzwingbare Betriebsvereinbarung.“ Das hätte bedeutet: Werden sich Arbeitgeber und Betriebsrat nicht einig, hätte sich der Betriebsrat an die Schlichtungsstelle wenden können. Das hätte schon rein symbolisch die Mitbestimmung des Betriebsrates weiter bekräftigt.

Unfallversicherungsschutz

Im Homeoffice gilt nun derselbe Unfallversicherungsschutz wie im Büro. Auf den ersten Blick scheint das wenig relevant zu sein. Die meisten Arbeitsunfälle passieren auf dem Weg in die Arbeit und nicht zu Hau-

ÖGB-Rechtsexperte Martin Müller: „Wird Homeoffice eingeführt, wäre es gut, Spielregeln zu haben und diese mit dem Betriebsrat auszuverhandeln.“

Welche Arbeitsmittel stellt der Arbeitgeber im Homeoffice zur Verfügung?



Quelle: IFES

se am Schreibtisch. Relevant wird es allerdings, wenn man morgens die Tochter zum Kindergarten bringt und auf dem Weg ins Homeoffice einen Unfall hat. Dasselbe betrifft Wege vom Homeoffice ins Büro, zur Ärztin oder zur Gewerkschaft. Bislang war die Rechtsprechung bei Homeoffice restriktiv. Unfälle auf dem Weg vom Kindergarten ins Homeoffice galten nicht als Arbeitsunfälle. Die neue Regelung passt den Unfallversicherungsschutz an die Umstände an. Praktisch heißt das: Während der Arbeitszeit über das Laptop-Kabel oder Stufen in der Wohnung stolpern: Arbeitsunfall. Abends außerhalb der Arbeitszeit über das Laptop-Kabel stolpern: kein Arbeitsunfall.

Schreibtischsessel steuerlich absetzen

Der Arbeitgeber ist nicht verpflichtet, ergonomisches Mobiliar im Homeoffice zur Verfügung zu stellen. Wer sich nun aber einen Schreibtisch, Bürosessel oder eine Tageslichtlampe kauft, um einen Homeoffice-Arbeitsplatz einzurichten, kann künftig bis zu 300 Euro pro Jahr steuerlich absetzen. Bislang war das nur für jene möglich, die den Großteil ihrer Arbeitszeit im Homeoffice verbringen und ein eigenes Arbeitszimmer haben. Das sind die wenigsten.

„Diese Regelung ist eine deutliche Entlastung für Arbeitnehmer*innen“, so David Mum. Wenn auch mit einem Haken: Diese Regelung gilt nur bis 2023. Wer sich also im Jahr 2021 einen Tisch und einen Sessel um 900 Euro anschafft, kann drei Jahre lang jeweils 300 Euro absetzen. Wer erst im Jahr 2023 zu arbeiten beginnt und dann um beispielsweise 900 Euro Büromöbel kauft, kann nur für das Jahr 2023 die genannten 300 Euro absetzen. „Das ist nicht sachgerecht und willkürlich“, kritisiert Mum. Hier fordern AK und ÖGB eine Verlängerung der Maßnahmen.

Beschäftigte mit niedrigem Einkommen profitieren

Abgesehen von wenigen Wermutstropfen sind die Homeoffice-Regelungen vorbildlich. Österreich wird hier gerne mit Deutschland verglichen. Einen wesentlichen Unterschied gibt es aber: In Österreich profitieren von den steuerlichen Regelungen auch Beschäftigte mit niedrigem und mittlerem Einkommen. „Das war uns sehr wichtig!“, so Hruška-Frank. „Alle Punkte, die wirklich wesentlich waren, sind in den Regeln enthalten.“ Jetzt müsse beobachtet werden, wie die Regelungen in der Praxis umgesetzt werden. Nehmen Arbeitgeber ihre Verantwortung ernst? Auch in Betrieben ohne Betriebsrat? „Homeoffice war ein riesiger unfreiwilliger Feldversuch durch die Pandemie“, so Mum. Klar ist: Nach der Pandemie wird Homeoffice bleiben. Es wird Teil einer neuen Arbeitskultur. Das jetzt sinnvoll zu regeln, weit über die Pandemie hinaus, ist ein großer Wurf.

Ab wann gilt das Gesetz?

Ursprünglich sollten die Homeoffice-Regeln Anfang April in Kraft treten. Die Wirtschaftskammer will das Gesetz nun bis Juli verschieben – Unternehmen bräuchten Zeit, um sich vorzubereiten. „Das ist ziemlich frech“, kritisiert Silvia Hruška-Frank. „Wie kommen Arbeitnehmer*innen dazu, die bereits seit einem Jahr mit eigenen Arbeitsmitteln im Homeoffice arbeiten, noch länger auf ihren Kostenersatz zu warten?“ Im Sommer gehen viele Beschäftigte und die Chef*innen abwechselnd auf Urlaub. Bis sie dann ihre Homeoffice-Vereinbarungen haben, ist es womöglich September. Unternehmen hätten ausreichend Zeit gehabt, um sich auf die Maßnahmen vorzubereiten. Fest steht: Am 1. April wird das Homeoffice-Paket vom Parlament beschlossen. Dann entscheidet sich, ab wann es gilt. ◗

Wie geht’s Beschäftigten im Homeoffice?

MARION POLASCHEK STV. BR-VORSITZENDE ALLGEMEINES PERSONAL, UNIVERSITÄT WIEN
Als international vernetzter Bildungsgroßbetrieb mit circa 10.000 Beschäftigten sehen wir sehr unterschiedliche Erfahrungen: Probleme mit Arbeitszeitentgrenzung oder Datenschutz, aber auch weniger Anfahrtswege oder bessere Vereinbarkeit. Auch viele Führungskräfte müssen noch lernen, mit der Digitalisierung umzugehen.

MARIO ASCHENBERGER ANGESTELLTEN-BETRIEBSRAT, LENZING AG
Uns war wichtig, Kolleg*innen vor zu viel Arbeit im Homeoffice zu schützen. Darum haben wir ein digitales Zeiterfassungssystem eingeführt. Seither achten die Kolleg*innen mehr auf ihre Arbeitszeiten und beuten sich weniger selbst aus. Wichtig ist uns, dass Zuschläge im Homeoffice genauso weiterbezahlt werden wie im Büro.

BEATE NEUNTEUFEL-ZECHNER BR-VORSITZENDE, ÖSTERREICHISCHE NATIONALBIBLIOTHEK
Mit dem ersten Lockdown fand sich nahezu die gesamte Belegschaft im Homeoffice wieder, und wir waren überrascht, wie leicht uns diese Umstellung gelang. Viele von uns wollen auch in Zukunft regelmäßig im Homeoffice arbeiten. Von der Homeoffice-Regelung erwarten wir einen fairen Umgang damit, wie wir die Arbeitswelt in unseren Wohnraum einlassen.

CHRISTOPH KARL STV. BR-VORSITZENDER, LEBENSHILFEN SOZIALE DIENSTE GMBH
Kolleg*innen, die aktuell im Homeoffice arbeiten, fehlt oft die nötige Infrastruktur. Dinge, wie zum Beispiel ein separater Raum, ein Drucker oder ausreichender Internetzugang, sind nicht selbstverständlich. Ein unmittelbarer Austausch mit anderen Kolleg*innen ist nicht so einfach durchzuführen und erschwert Teamarbeit ungemein.

EVA BALDRIAN-WAGNER BR-VORSITZENDE, UNIVERSITÄT FÜR BODENKULTUR
Im Homeoffice zeigt sich bis dato oft, inwieweit Führungskräfte geeignet sind, mit den Veränderungen umzugehen, denn es hängt von ihnen ab, wie Kommunikation, Vertrauen und Information aufrechterhalten werden in Zeiten physischer Distanz zum betrieblichen Arbeitsplatz. Wichtig ist auch der Fokus auf die psychosozialen Auswirkungen der Krise in der Arbeitswelt.

& ONLINE
Eva ist auch unsere Vloggerin!
www.arbeit-wirtschaft.at/krisentagebuch

Polaschek, Aschenberger © privat | Neunteufel-Zechner © Andreas Daniel | Christoph Karl © Christoph Zeiselberger | Baldrian-Wagner © Markus Zahradnik

Mariazell
und sein blaues Auge

Nicht überall trifft die Corona-Krise den Tourismus mit voller Härte. Für Regionen wie das Mariazeller Land ergeben sich sogar neue Chancen. Denn die Flucht der Arbeitnehmer*innen wird die Auswirkungen der Corona-Krise noch weiter verstärken.

TEXT WERNER REISINGER

Es ist wie eine Fahrt durch ein Land im Dornröschenschlaf: Verwaist und menschenleer liegen die kleinen Ortschaften an der Straße von Mürzzuschlag in Richtung Mariazell im romantischen Flusstal, kommt ein Auto entgegen, hat es ein einheimisches Kennzeichen. Nur ab und zu ein kleines Grüppchen Spaziergänger*innen oder Sportler*innen, die sich in die schneebedeckten Berge und Hügel aufmachen. Im Vergleich zur Großstadt fühlt es sich hier tatsächlich nach Lockdown an. Knapp zwei Stunden braucht man mit dem Auto von Wien in die Region mit der weltbekannten Wallfahrts-Basilika, etwas mehr als zwei Stunden von Graz oder Linz aus; und von „Overtourism", wie er in Teilen des Salzkammerguts oder in Tirol stattfindet und seit Jahren für Diskussionen sorgt, konnte hier schon vor Corona nicht die Rede sein. Rund eine Million Besucher*innen pro Jahr kamen vor der Krise im Schnitt nach Mariazell, zu einem großen Teil Tagestourist*innen, Ausflügler*innen, Busreisende und Pilger*innen. Lange Urlaube verbringen hier die wenigsten, im Schnitt bleiben die Gäste 2,6 Nächte in der Gemeinde.

Angst vor der Zukunft oder gar existenzielle Sorgen? Davon kann bei Gabriele Eisler keine Rede sein. Im Dirndl steht die Wirtin des urigen Gasthofs „Franzbauer" in der leeren Stube und versprüht

Optimismus. 2009 hat sie den regional bestens bekannten Betrieb, gelegen direkt am Moosbach im Salzatal, von den Eltern übernommen. Das Jammern vieler Gastronom*innen kann sie nicht nachvollziehen. „Du musst dir halt einfach was einfallen lassen", sagt die Wirtin. „Mag sein, dass Betriebe in der Stadt es schwerer haben. Es wird schon welche geben, die keine Chance haben, aber ich glaube, das ist eine Minderheit. Wer im Sommer kein Geschäft gemacht hat, muss etwas falsch machen." Selbst in Kriegszeiten, das habe ihr die Großmutter erzählt, seien die Leute ins Wirtshaus gegangen.

Jetzt verkauft sie selbstgemachten Speck, Räucherfisch, selbstgebackenes Brot und natürlich ihre Mehlspeisen, am Samstag und Sonntag gibt es Take-away, „das nutzten vor allem die Einheimischen hier". Auch Frau Eisler hat um den Umsatzersatz aus der öffentlichen Hand angesucht und ist zufrieden mit den Leistungen,

Hermine Butter vor ihrem Devotionalienladen: 2020 blieben die Pilger*innen aus, ein Drittel des Umsatzes brach weg. Zusätzliche Standbeine sind nun gefragt.

unproblematisch und unbürokratisch seien die Zahlungen bei ihr eingetroffen, sagt sie. Doch sie gibt zu: „Der erste Lockdown vor einem Jahr ist zu einer Zeit gekommen, in der ohnehin eher wenig los ist in Mariazell." Als sie dann Mitte Mai den Gasthof unter Auflagen wieder öffnen durfte, hätten die Gäste das Wirtshaus regelrecht gestürmt. „Wir haben fast schon stopp sagen müssen." Unter der Woche sei genauso viel los gewesen wie am Wochenende. Die neun Zimmer, die Eisler vermietet, waren im Sommer rasch ausgebucht – „Stammgäste, die meisten aus Wien oder aus Niederösterreich", sagt sie. Den Umsatzverlust vom ersten Lockdown im vergangenen Frühjahr konnte Eisler durch den Ansturm der Sommertourist*innen locker wettmachen. Und auch für das Frühjahr und den kommenden Sommer erwartet sich die Wirtin eine ähnlich starke Nachfrage, Flugreisen würden auch im zweiten Corona-Jahr schwer möglich sein, und so werde es für die meisten wieder ein Österreich-Urlaub werden, sagt sie. Dass es noch einmal zu einem Lockdown kommt, kann sich Eisler nicht vorstellen. „Dem Staat wird sonst irgendwann das Geld ausgehen."

Fünf Angestellte beschäftigt Eisler im Wirtshaus – die sind nun alle in Kurzarbeit. „Freilich, die haben somit weniger Geld zur Verfügung, aber sie brauchen auch weniger“, ist sich die Wirtin sicher. Kündigen musste sie Gott sei Dank noch niemanden – „im Gegenteil, eine meiner Angestellten ist schon 59, ich suche sogar noch zusätzlich jemanden für die Küche.“

Ärger über fehlende Planbarkeit

„Viel Zeit für Termine“ haben auch Harald Schweighofer und Marion Plott, die Betreiber des Hotels und Gasthofs „Zum Kirchenwirt“ im Zentrum von Mariazell. Von der Terrasse blickt man direkt auf die Basilika, und so machen hauptsächlich Bustourist*innen und Tagesausflügler*innen die Gäste aus. Das vergangene Jahr habe einer Berg-und-Tal-Fahrt geglichen: Der Sommer brachte

Die Wirtin des Gasthofs „Franzbauer“, Gabriele Eisler, ist optimistisch: Auch im kommenden Sommer erwartet sie zahlreiche Gäste.

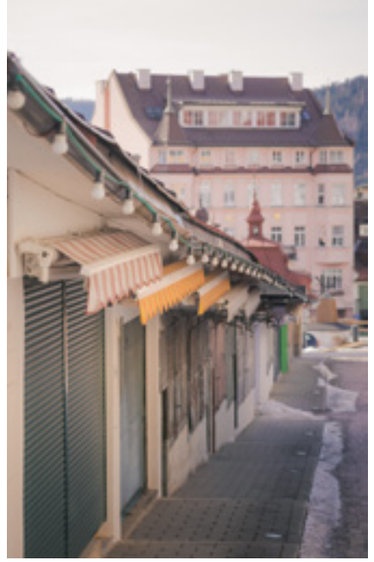
auch beim „Kirchenwirt“ mit seinen 30 Zimmern ein „schönes Nächtigungsplus“, die Gästestruktur habe sich eben ziemlich verändert. „Die Leute sind länger geblieben, und viele haben gesehen, dass wir viel mehr zu bieten haben als nur die Kirche“, sagt Frau Plott. Die Unterstützung durch die Wirtschaftskammer sei im vergangenen November noch sehr großzügig ausgefallen, nun aber werde es immer enger, sagt Schweighofer.

Geärgert hat den Hotelier vor allem die Kurzfristigkeit der letzten Lockdown-Entscheidung im November. Damals verschob Schweighofer den Saisonstart auf Dezember, dann vertraute er auf das vor Weihnachten angekündigte Lockdown-Ende am 8. Jänner, danach auf Anfang März – nun wackelt auch dieser Termin. Einen „Protestbart“ hat Schweighofer sich um die Weihnachtszeit wachsen lassen, „weil immer dieselben Vertröstungen von der Regierung kommen“. Der Bart komme erst weg, wenn er wieder aufsperren dürfe. „Uns wird es noch länger geben“, ist der Hotelier optimistisch, „aber einen guten Bekannten von uns hat es erwischt.“ Dessen Betrieb stehe inzwischen schon zum Verkauf. Gesehen habe er das entsprechende Inserat in der Auslage, als er zuletzt auf der Bank war.

„Meine größte Sorge ist das Mitarbeiterthema. Wir haben das im letzten Frühjahr erlebt, da hatten wir für den Sommer schon die gesamte Mannschaft beisammen, zwölf Mitarbeiter*innen, dann ist der Lockdown verlängert worden. Meine ungarischen Saisonkräfte haben fast alle abgesagt, sie haben sich dann für die Saison am Plattensee entschieden.“ Der Grund: Viele dieser Mitarbeiter*innen haben Familie, „es war ihnen einfach zu unsicher, ob sie alle paar Wochen einmal nach Hause kommen können, man musste ja sowohl in Ungarn als auch in Österreich jeweils für zwei Wochen in Quarantäne“. Wie viele Hoteliers fürchtet auch Schweighofer, nicht genug Arbeitskräfte für den Sommer zu bekommen. Nur vier Fixkräfte beschäftigt der Familienbetrieb: Zwei langjährige Mitarbeiter*innen seien aktuell in Kurzarbeit, zwei geringfügig Angestellte würden momentan Minusstunden schreiben.

Die Flucht aus der Branche

Das Auf und Ab, das die Region Mariazeller Land erlebt, kennt Berend Tusch nur allzu gut. Der Vorsitzende des Fachbereichs Tourismus der Gewerkschaft vida spricht von „erheblichen Saisonschwankungen“ im vergangenen Jahr – und davon, dass man die Situation des österreichischen Tourismus in der Corona-Krise keineswegs über einen Kamm scheren könne. „Das Beispiel Mariazell kann man durchaus auf viele Regionen in Österreich umlegen: Nicht überall ist die Situation desaströs, manche Regionen kommen noch mit einem blauen Auge davon. Gab es im vergangenen Jahr keinen



Seit Beginn der Krise haben rund 80.000 Menschen in Österreich ihren Job im Tourismus verloren.

Berend Tusch, vida: „Das Mariazeller Land kann man nicht mit Städtetourismus vergleichen, dort haben die Beschäftigten derzeit kaum Besserung zu erwarten.“

Lockdown, ist teilweise enorm viel Geschäft gemacht worden. Heimische Destinationen, die in Vergessenheit geraten waren, hat man sich wieder in Erinnerung gerufen.“ Die Lage der Beschäftigten im Sektor unterscheide sich stark in den jeweiligen Regionen.

Seit Beginn der Krise haben rund 80.000 Menschen in Österreich ihren Job im Tourismus verloren. Desaströs ist die Lage vor allem in den Städten, sagt Tusch. Salzburg und Innsbruck könnten noch etwas vom Tagestourismus aus Bayern und dem süddeutschen Raum profitieren, „aber in Wien, Graz und Linz ist es fünf nach zwölf“. Eine Region wie das Mariazeller Land, das stark von heimischen Gästen abhängt, könne man nicht mit dem Städtetourismus vergleichen. „Dort ist man beinahe zu 100 Prozent von Städtetrips aus dem Ausland abhängig.“ Ein bedeutender Teil der Arbeitslosen entfalle daher auf den Bereich Stadthotellerie, „und hier ist auch in den kommenden Monaten kaum eine Besserung zu erwarten“.

Auch wenn die nun wieder bis Ende Juli verlängerte Sonderregelung zur Kurzarbeit vorerst zahlreiche Arbeitsplätze sichern konnte, mache in manchen Betriebstypen den Arbeitnehmer*innen vor allem die für die Anspruchsberechtigung der Kurzarbeit vorgeschriebene einmonatige Mindestbeschäftigungsfrist Probleme. Die vida drängt deshalb darauf, dass diese Bestimmung fällt – die Wirtschaft stellt sich dagegen. Und vor allem: Bei jenen, die es in die Kurzarbeit „geschafft“ haben, werde die Existenzgrundlage immer knapper. „Aktuell überwiegt bei den allermeisten das Problem des Verdienstentgangs“, sagt Tusch. Kosten wie Miete oder Kreditrückzahlungen würden weiterlaufen, der Kühlschrank will gefüllt sein – viele müssen aber auf 20 Prozent des Lohns und mehr verzichten. Zudem fehlt das Trinkgeld – und auch oft freie Kost, auch das dürfe man in einer Branche mit einem sehr schwachen Kollektivvertrag nicht außer Acht lassen.

Vor allem in der ohnehin als „Durchgangsbranche“ bekannten Gastronomie – in den Städten in der Hotellerie – führe die Krise nun zu einer regelrechten Flucht aus der Branche. Tusch erwartet, dass Corona diese Entwicklung noch beschleunigen wird.

„Gerade am Beispiel Tourismus wird klar: Die Corona-Krise ist eine Verteilungsfrage.“

Berend Tusch, Gewerkschaft vida Fachbereich Tourismus

„Hier beißt sich die Katze in den Schwanz, denn die Gastronomen und Hoteliers suchten schon vor Corona händeringend Personal.“ Tusch fordert deshalb, dass ein Teil des Fixkostenzuschusses bzw. des Umsatzersatzes für das Personal aufgewendet werden müsse – um so jenen, die der Branche trotz allem nicht den Rücken kehren wollen, eine Überlebensperspektive zu geben.

„Kirchenwirt“-Betreiber Harald Schweighofer und Marion Plott: „Die Gästestruktur hat sich stark verändert.“ Auch die Aufenthaltsdauer ist im Sommer gestiegen.

Dass es eine solche dringend braucht, zeigt eine Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS), die die Arbeiterkammer Tirol 2017 in Auftrag gegeben hatte. Ohne Sozialtransfers, etwa AMS-Gelder oder Beihilfen, und ohne das Haushaltseinkommen zu berücksichtigen, hätten die Beschäftigten im Bereich Beherbergung und Gastronomie eine Armutsgefährdungsquote von 42 Prozent. Rechnet man Haushaltseinkommen und Transferleistungen dazu, liege der Wert immer noch bei 14 Prozent – die höchste Quote in den beschäftigungsstarken Branchen. Wie wenig man im Tourismus verdient, wenn man nicht zu den Saisonkräften zählt, zeigt auch ein von Tirols AK-Präsident Erwin Zangerl 2019 angestellter Vergleich: Der durchschnittliche Bruttojahresbezug für Beschäftigte in der Branche liegt bei 27.205 Euro. In ganz Tirol lag er bei 39.349 Euro und damit um satte 45 Prozent höher. „Gerade am Beispiel Tourismus wird klar: Die Corona-Krise ist eine Verteilungsfrage“, sagt vida-Gewerkschafter Tusch. „Von nachhaltigem grünem Tourismus ist schon sehr lange die Rede. Jetzt wäre die Zeit dafür, das ernsthaft anzugehen.“

Ein „blaues Auge“ und eine Chance für die Zukunft

Mit Erfindergeist und Optimismus irgendwie über die Runden kommen, das will Hermine Butter. Am Hauptplatz in Mariazell hat die resolute Alleinerzieherin seit vielen Jahren zwei kleine Devotionalienläden gepachtet. Rund 700 Euro Miete zahlt sie monatlich dafür, auch wenn keine Wallfahrtssaison ist. „Ein paar Jahre noch“ will sie sich damit bis zu ihrer Pension durchschlagen, sagt Butter, während sie einen der Stände aufsperrt und ihre Ware vor dem Laden aufbaut. Klassische Pilger-Mitbringsel bietet Butter an, Rosenkränze und Kreuze, auch einen Münzpräge-Automaten besitzt sie, „ein kleiner Frequenzbringer“, wie sie sagt. Vor allem der Ausfall des Mariazeller Advents, den es seit über zwanzig Jahren gibt, hat Butters Geschäft im vergangenen Jahr hart getroffen. Wallfahrten seien 2020 auch im Sommer fast komplett ausgefallen, rund 35 Prozent des Umsatzes habe das Minus betragen, 2019, vor Corona, seien es noch 135.000 Euro Umsatz gewesen. „Der größte ‚Arbeitgeber‘ in Mariazell ist die Wallfahrtskirche, nach wie vor“, doch das werde nicht immer so bleiben, sagt Butter. Wallfahrten würden immer stärker auch regional ausgerichtet, dazu komme der „Glaubensabfall“, und „wenn der Markt wegbricht“, brauche es eben Alternativen. Die ausgebildete Pilgerbegleiterin bietet geführte Wanderungen an, einen Webshop für ihre Devotionalien habe sie selbst aufgebaut. Dass es touristisch immer stärker zu einer Umorientierung komme, spüre sie schon länger. In der Tat will man in Mariazell „weg vom Stempel, dass wir ein reiner Wallfahrtsort sind“, sagt

Andreas Schweiger, Geschäftsführer der Mariazeller Land GmbH. Für ihn und den Tourismusvorsitzenden Nino Contini ist Corona in gewisser Weise eine Chance, ein Beschleuniger eines Prozesses, der schon vor der Krise begonnen hat, wie es Contini ausdrückt. Die beiden Touristiker betonen das vielfältige Angebot der Region – vor allem für erholungssuchende Großstädter, Wanderbegeisterte, Sportler*innen und Familien. „Mit 413 Quadratkilometern ist Mariazell flächenmäßig die drittgrößte Gemeinde Österreichs, fast so groß wie Wien, bei nur 3.500 Einwohnern“, sagt Schweiger. „Hier tritt sich niemand auf die Füße.“

Weil der Sommertourismus geschätzt zwei Drittel des Umsatzes ausmache, sei man im vergangenen Jahr mit einem blauen Auge davongekommen. Früher sei man oft kritisiert worden, einiges in der touristischen Entwicklung verschlafen zu haben, sagt Schweiger, „nun ist das ja fast ein Vorteil für uns“. Der Großteil der Betriebe werde von Familien geführt, das erleichtere die Reaktion auf die Krise, gibt man zu.

> *„In Mariazell sind wir stets gestärkt aus einer Krise herausgekommen.“*
>
> Andreas Schweiger
> Geschäftsführer der Mariazeller Land GmbH

Aktiver Erholungsurlaub, das sei das Stichwort, mit dem man auch diesen Sommer wieder um die österreichischen Gäste werben wolle. Dass dafür in Mariazell das Angebot hervorragend sei, habe der vergangene Sommer gezeigt, und genau diesen durch Corona unerwarteten Ansturm, von dem man „fast schon ein wenig überrumpelt“ worden sei, wie Schweiger sagt, wolle man nun zur Gästebindung nützen. Die Chance werde man sich allein schon deshalb nicht entgehen lassen, weil man in Mariazell keine riesigen Summen für Werbeschlachten ausgeben könne.

Der Bustourismus, so die vorsichtige Prognose, werde wohl auch nach Corona weiter abnehmen, die Natur und die Outdoor-Möglichkeiten würden stärker ins Zentrum rücken. Und mit Blick auf die Basilika sagt Schweiger: „In Mariazell sind wir stets gestärkt aus einer Krise herausgekommen.“ ◗

FÜNF FAKTEN ZU CORONA UND TOURISMUS

Die Corona-Krise hat den Tourismus stark getroffen – allerdings nicht überall gleich. In den Städten sind Kündigungen und Pleiten an der Tagesordnung, weil Hotels und Gastronomie stark von internationalen Gästen sowie Veranstaltungen und Kongressen abhängig sind. Probleme haben auch jene Regionen, in denen stark investiert wurde – wie Skigebiete in Tirol, Vorarlberg, Salzburg. Regionen mit sanfterem Tourismus und vielen heimischen Gästen trifft es weniger hart – hier kann Corona eine Chance sein, österreichische Gäste stärker zu binden und nachhaltigere Tourismusmodelle auszubauen. Die Gewerkschaft vida fordert, einen Teil von Fixkostenzuschuss und Umsatzersatz für Personalkosten auszugeben, um Arbeitsplätze zu erhalten. Das Hotel- und Gastgewerbe wird wegen der schlechten Bezahlung immer unattraktiver für Beschäftigte – was wiederum Hoteliers vor Personalprobleme stellt.

1 / Rund **200.000 Beschäftigte** zählt laut Gewerkschaft vida der Bereich Hotels, Gastgewerbe und Systemgastronomie.

2 / Rund **80.000 Arbeitsplätze** im Bereich Tourismus und Gastronomie sind seit Ausbruch der Corona-Pandemie in Österreich verloren gegangen.

3 / Ohne Transferleistungen, wie AMS-Gelder, Wohn- oder Kinderbeihilfen usw., wären laut einer 2017 erschienenen Studie des Instituts für Höhere Studien (IHS) **42 Prozent** der im österreichischen Tourismus Beschäftigten **armutsgefährdet.** Rechnet man das Haushaltseinkommen und die Transferleistungen der öffentlichen Hand dazu, beträgt die Armutsgefährdungsquote immer noch rund **14 Prozent.**

4 / Über 60 Prozent der Arbeitnehmer*innen im Bereich Beherbergung und Gastronomie in Österreich sind Frauen.

5 / Rund 40 Prozent der Beschäftigten im österreichischen Tourismus sind jünger als 30 Jahre, knapp 11 Prozent sind über 50.

Auf der Suche nach Arbeit

Eine halbe Million Menschen ohne Arbeit, Jugendliche ohne Perspektive und eine drohende Verarmung. Der Arbeitsmarkt ist krank. Aber: Es gibt Chancen, aus dieser Krise zu kommen, analysiert Gernot Mitter, Arbeitsmarktexperte der Arbeiterkammer Wien.

INTERVIEW IRENE STEINDL

Arbeit&Wirtschaft: Wir erleben gerade die größte Arbeitsmarktkrise seit dem Zweiten Weltkrieg. Woran krankt es am Arbeitsmarkt?
Gernot Mitter: Salopp ausgedrückt: Es gibt einfach zu wenig Arbeit im Moment. Das ist eine unmittelbare Folge der Corona-Pandemie. Dazu kommt: Wir sind am Beginn eines deutlichen Strukturwandels. Ich möchte dazu drei D einführen: Wir haben die Digitalisierung. Wir haben die demografische Veränderung – die Alterung der Erwerbsbevölkerung und die Tatsache, dass sich durch Zuwanderung die Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung ändert. Das dritte D nenne ich Dekarbonisierung, das ist die dringende sozial-ökologische Wende. Und schließlich zeigt die aktuelle Arbeitsmarktkrise sehr deutlich: Wir haben auf dem österreichischen Arbeitsmarkt Diskriminierungsprobleme. Frauen sind systematisch benachteiligt, und wir erleben eine Diskriminierung älterer Arbeitnehmer*innen und von Kolleg*innen mit nicht-deutscher Muttersprache.

GERNOT MITTER
LEITER DER ABTEILUNG ARBEITSMARKT & INTEGRATION IN DER ARBEITERKAMMER WIEN
Als Jurist kennt Gernot Mitter die Welt der Paragrafen. Vor allem, was sie für Menschen bedeuten. Um die geht es ihm, wenn er den Arbeitsmarkt analysiert und über politische Maßnahmen verhandelt. Seit 2018 leitet er die Abteilung Arbeitsmarkt und Integration in der Arbeiterkammer Wien.

Kurzarbeit ist ein erfolgreiches Instrument, um Menschen in Beschäftigung zu halten. Dieses Modell soll Ende März auslaufen. Wie geht's danach weiter?
Es wird weiterhin Kurzarbeit geben bis 30. Juni. Bis dahin werden die Regierung und die Sozialpartner darüber verhandeln, wie es danach weitergehen kann. Es wird ein „Phasing-out" brauchen. Ein Ansatz dafür wäre, einen Selbstbehalt der Unternehmen einzuführen.

Arbeitnehmer*innen haben ja einen Selbstbehalt. Sie bekommen zwischen 10 und 20 Prozent weniger Einkommen auf Basis des Grundgehalts vor der Kurzarbeit, also ohne Überstunden oder Trinkgelder. Im Moment werden den Unternehmen 100 Prozent ihrer Kosten durch die öffentliche Hand abgedeckt.

Kurzarbeit hilft unmittelbar in der Krise. Wie kann man aber mittel- und langfristig Menschen in Beschäftigung halten?
Hier gibt es einen einfachen Slogan: Aus der Krise in eine sozial-ökologische Erneuerung der österreichischen Wirtschaft investieren. Wir haben gesehen, wie kritisch Infrastrukturen in Schulen werden und wie defizitär hier auch die personelle Ausstattung ist, nicht nur bei den Lehrer*innen, auch in der Sozialarbeit, in der Administration etc. Da gibt es überall Investitionsmöglichkeiten: in bessere soziale und öffentliche Dienstleistungen, in eine ökologische Wende, in die Unterstützung zur Bewältigung des digitalen Wandels. Es braucht Investitionen, die verbunden sind mit neuen Beschäftigungsmöglichkeiten und mit dem Erfordernis massiver Qualifikation und Requalifikation von Arbeitnehmer*innen. Dann gibt es eine Chance, bis Mitte des Jahrzehnts aus der Arbeitsmarktkrise herauszukommen.

Ein großes Problem ist Langzeitarbeitslosigkeit. Für Betroffene bedeutet das oft Verarmung, soziale Isolation, gesundheitliche Probleme. Wie kann man verhindern, dass diese Menschen völlig ausgegrenzt werden?
Es ist ein Unterschied, ob jemand langzeitarbeitslos geworden ist, weil dahinter massive gesundheitliche Probleme stehen oder aufgrund der angesprochenen Diskriminierungen. Also braucht man hier mehrere

Arbeit&Wirtschaft 2/2021

Den Arbeitsmarkt muss man jetzt mit sinnvollen Investitionen impfen, empfiehlt Mitter.

Instrumente. Ein Instrument, das meine Mitarbeiter*innen entwickelt haben, ist die Weiterentwicklung der „Aktion 20.000“. Es gibt genug Beschäftigungsmöglichkeiten – in bürgernahen, sozialen, kulturellen, ökologischen Diensten; also öffentlich geförderte Beschäftigung für langzeitarbeitslos gewordene Personen. Das würde den Staatshaushalt 1,5 Milliarden Euro brutto für 40.000 Menschen kosten. Wahnsinnig viel Geld auf den ersten Blick! Wenn man die Rückflüsse abzieht, bleiben 270 Millionen Euro übrig. Das ist ein vertretbares Investment des Staates, um 40.000 Langzeitarbeitslosen ein Jobangebot zu machen.

Wie sehr reicht das Einkommen von Arbeitslosen zur existenziellen Absicherung?
Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften treten seit Langem für ein höheres Arbeitslosengeld ein. Arbeitslosigkeit ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Alle, die meinen, Arbeitslosen ginge es zu gut, sollten mal hinschauen, wie hoch ihr Risiko ist, selbst arbeitslos zu werden. Selbst Haushalte mit relativ gutem Einkommen sind nach drei bis vier Monaten Arbeitslosigkeit am Ende ihrer finanziellen Leistungskraft. Die haben ihre Ersparnisse aufgebraucht, sind im familiären Bereich verschuldet und müssen bei den Kindern sparen. Dann beginnt die Armutsgefährdung. Jetzt sollte man die Nettoersatzrate dauerhaft auf 70 Prozent erhöhen. Es wird immer gesagt, ein zu hohes Arbeitslosengeld würde die Leute abhalten, einen Job anzunehmen. Das ist eine ideologische Behauptung, die empirisch nicht nachgewiesen ist. Was die Dauer von Arbeitslosigkeit wirklich reduziert, ist gute Beratung und Unterstützung von Arbeitsuchenden während der Vermittlung.

Davon würden auch Jugendliche profitieren. Jugendarbeitslosigkeit ist ein großes Problem momentan. Wie kann man jungen Menschen eine Perspektive geben?
Bei der Lehre haben wir ein Problem: zu wenige Lehrplätze. Dafür haben wir ein sehr gut ausgebautes Instrument, das man jetzt quantitativ ausbauen sollte: die überbetrieblichen Ausbildungseinrichtungen. Die fangen jetzt den Rückgang beim Lehrstellenangebot auf. Für die Abgänger*innen aus den berufsbildenden höheren Schulen und aus den Universitäten bin ich versucht zu sagen: Blicken wir zurück in die Zukunft! Wir hatten in den späten achtziger bis Mitte der neunziger Jahre die „Aktion 8.000“, wo für Menschen ohne Berufspraxis, aber mit Berufsausbildung eine auf Basis des Arbeitslosengeldes abgesicherte Einstiegsphase gewährleistet werden konnte. Wir brauchen Beschäftigungsförderung nicht nur für Ältere und Langzeitarbeitslose, sondern auch für Jugendliche, die jetzt vor verschlossenen Türen stehen.

Viele Frauen arbeiten seit der Pandemie mehr, weil sie in systemrelevanten Berufen tätig sind. Auf der anderen Seite ziehen sich Frauen durch Teilzeitarbeit aus dem Arbeitsmarkt zurück, um Betreuungspflichten nachzukommen. Was bedeuten diese Entwicklungen?
Die Gefahr, die in dem Ganzen lauert: dass sich Frauen wegen der Defizite in der Kinderbetreuung wieder vom Arbeitsmarkt zurückziehen müssen, weil Familien auch betriebswirtschaftlich ins Kalkül ziehen: Wer verdient wie viel? Wo kostet es uns als Haushalt am wenigsten, wenn sich wer von der Arbeit zurückzieht? Da sind wir wieder bei den Einkommensunterschieden zwischen Mann und Frau. Da sage ich bewusst als Mann: Es braucht ein paar härtere Anreize für mein Geschlecht, sich mehr in die Familien- und Reproduktionsarbeit einzulassen.

Zum Beispiel?
Dass es beim Kinderbetreuungsgeld manchen Anspruch nur gibt, wenn der Mann dieses oder jenes tut. Punkt.

Wenn Sie an drei Hebeln ziehen könnten, um den Arbeitsmarkt zu entspannen, welche wären das?
Die Verbindung von Investitionen in Wachstumsbereiche mit einer gut abgestimmten Qualifikationsoffensive – nicht nur für Arbeitslose, auch für Beschäftigte! Das Zweite wäre eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose, mit dem Ziel, 40.000 Arbeitsplätze einzurichten. Das Dritte: die Existenzsicherung bei Arbeitslosigkeit ausbauen. Die Pandemie führt zu mehr Armut in diesem Land. Wir werden sehen, welche Welle an Privatinsolvenzen auf uns zurollen wird. All das spielt eine große Rolle, und wir brauchen eine Politik der Armutsvermeidung. ◗

& ONLINE
Das ausführliche Interview als Video finden Sie unter
www.arbeit-wirtschaft.at/interviews

A&W BLOG

Täglich neue Hintergründe, Fakten & Positionen

Johann Bacher
Professor für Soziologie an der Johannes-Kepler-Universität Linz

Dennis Tamesberger
Referent für Arbeitsmarktpolitik in der Arbeiterkammer OÖ

Bacher © Carina Altreiter | Tamesberger © Peter Christian Mayr

Zusammengefasst von Anja Melzer

Corona-Krise erhöht die Jugendarbeitslosigkeit deutlich

Junge Menschen gehören zu den Hauptbetroffenen der Corona-Krise. Kurzarbeit konnte eine noch dramatischere Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit vermeiden, dennoch besteht dringender Handlungsbedarf. Junge Menschen, die neu in den Arbeitsmarkt eintreten, sind eher in ungeschützten Branchen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko tätig. Im Vergleich zu anderen Altersgruppen haben junge Menschen in Österreich häufiger geringfügige und/oder befristete Beschäftigungsverhältnisse, arbeiten häufiger in Branchen mit kurzen Kündigungsfristen und sind häufiger bei Arbeitskräfteüberlassungsfirmen angestellt. Da die Corona-Krise nicht alle Branchen gleich trifft, sind junge Menschen zusätzlich betroffen, weil sie auch häufiger im Tourismus beschäftigt sind. In Summe sind derzeit circa 80.000 Jugendliche ohne Beschäftigung – nicht eingerechnet jene Schüler*innen und Studierenden, die eigentlich gerne arbeiten würden, aber wegen fehlender Jobs im Bildungssystem bleiben. Im April 2020 befand sich noch jede*r dritte unselbstständig Beschäftigte unter 25 Jahren in Kurzarbeit. Es ist offensichtlich, dass durch Kurzarbeit hier Hunderttausende Beschäftigungsverhältnisse sowie zahlreiche Lehrstellen für Jugendliche gesichert wurden.

Bei der Arbeitslosenquote finden wir bei den jungen Erwachsenen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren den höchsten Anstieg unter allen Altersgruppen. Bei jungen Frauen war der Anstieg stärker ausgeprägt als bei Burschen. Ebenso problematisch ist das neue Phänomen Langzeitarbeitslosigkeit unter Jugendlichen. Im Dezember 2020 ist die Anzahl an arbeitslosen Jugendlichen mit einer Vormerkdauer zwischen sechs Monaten und einem Jahr um 3.349 Personen (+572,5 Prozent) gestiegen und bei Jugendlichen mit einer Vormerkdauer über einem Jahr um 816 (+627,7 Prozent). Hier besteht akuter Handlungsbedarf. Angesichts der düsteren Konjunkturaussichten für das Jahr 2021 sollte die Bundesregierung ein Gesamtkonzept zur Reduktion der Jugendarbeitslosigkeit vorlegen. Die wichtigsten unserer Forderungen im Schnelldurchlauf: Fördermittel zur Vermeidung von Bildungsabbrüchen, Ausbau von Schulungen, Recht auf Ausbildung, Erweiterung psychologischer Angebote, Jobgarantie sowie die Einbindung von Expert*innen der Sozialpartner und Jugendorganisationen in die Taskforce Jugendbeschäftigung.

So bekommen Sie alle aktuellen Beiträge direkt in Ihr Postfach.
A&W-Blog abonnieren unter awblog.at/blog-abo

Europa im Kampf gegen das Virus

Die EU hat ihre Lehren aus der Finanzkrise gezogen: Erstmals gibt es direkte fiskalpolitische Maßnahmen, und sie nimmt im Bereich Gesundheit Dinge im Sinn der Gemeinschaft in die Hand – Stichwort Impfstoffbeschaffung. Was die Mitgliedsstaaten damit tun, hängt auch an ihnen selbst – Österreich bekleckert sich dabei nicht mit Ruhm.

TEXT ALEXIA WEISS

Mit einem Konjunkturpaket möchte die Europäische Union rasch aus der Rezession im Gefolge der aktuellen Corona-Krise herauskommen. Frank Ey aus der Abteilung EU & Internationales der Arbeiterkammer Wien betont, dass die EU damit „das erste Mal aktive Fiskalpolitik betreibt – das hatten wir noch nie." Konkret stehen für die Jahre 2021 bis 2023 etwa 750 Milliarden Euro zur Verfügung, mit denen die Wirtschaft angekurbelt werden soll. Dieses Geld muss von den Mitgliedstaaten allerdings – so die Vorgabe der Kommission – vor allem in zwei Schwerpunktbereiche investiert werden: in den Kampf gegen die Klimakrise und in eine Digitalisierungsoffensive.

Das Gros der Mittel soll dabei in ein Wiederaufbauprogramm (Recovery and Resilience Facility) fließen: Dieses wurde mit 672,5 Milliarden Euro dotiert. In einem wichtigen Unterprogramm – REACT-EU – gibt es 47,5 Milliarden Euro für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie etwa das Kurzarbeitsmodell. Vor allem gehe es aber auch um Beschäftigungsmaßnahmen für junge Menschen, betont Ey. Aus österreichischer Sicht interessant: Hier sollen auch jene Klein- und Mittelbetriebe (sogenannte KMUs) unterstützt werden, die in der aktuellen Krise unter Druck geraten sind. Zehn Milliarden Euro wiederum sind für einen „Just Transition"-Fonds vorgesehen. Mittel aus diesem Topf könnten zum Beispiel dafür eingesetzt werden, um Mitarbeiter*innen aus Industrien mit hohem CO_2-Ausstoß für den Einsatz in Industrien mit niedrigen oder keinen CO_2-Emissionen umzuschulen beziehungsweise auszubilden.

Betroffener Süden Europas

Einen Haken ortet Ey allerdings: Während die Kommission dafür plädierte, den überwiegenden Teil der 750 Milliarden Euro in Form von Förderungen und nur einen kleineren Teil als Kredit zur Verfügung zu stellen, beharrte der Rat auf einem wesentlich höheren Kreditanteil. Statt wie von der Kommission vorgeschlagen 250 Milliarden Euro stehen nun 360 Milliarden des 750 Milliarden-Euro-Pakets nur als Kredite zur Verfügung. Die rückzahlbaren Kreditmittel sind für Mitgliedstaaten vorgesehen, die von der Corona-Krise besonders betroffen sind und einen hohen Refinanzierungsbedarf haben. Dazu zählen etwa Spanien, Griechenland und Italien.

Gleichzeitig wird die Inanspruchnahme der Kreditmittel an teils strenge Vorgaben geknüpft, die im sogenannten Europäischen Semester aufgeführt sind. Diese Bedingungen unterscheiden sich je nach Mitgliedstaat und können etwa die Forderung nach Kürzungen im Sozial- oder Gesundheitsbereich enthalten, wie beispielsweise eine Reduktion der Gesundheitsausgaben oder die Forderung nach einem höheren Pensionsantrittsalter. Begrüßenswerte Vorschläge, wie die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen oder die Förderung von Vollbeschäftigung für Frauen, sind jedoch auch noch enthalten. Bereits jetzt äußern einige der betroffenen Länder, dass sie aufgrund der harten Bedingungen auf die Kredite aus dem Konjunkturpaket verzichten und sich stattdessen über Kredite aus anderen Quellen refinanzieren wollen. Der konjunkturelle Impuls des Pakets werde sich dadurch entsprechend verringern.

Noch kein Antrag Österreichs

Österreich stehen aus dem Konjunkturpaket Förderungen in Höhe von 3,4 Milliarden Euro von heuer bis 2023 zu. Allerdings zählt gerade Österreich zu jenen acht von den insgesamt 27 EU-Mitgliedstaaten, die hier noch keinen nationalen Plan vorgelegt und eingereicht haben. Die Zeit drängt: Diese Frist endet im April. Für Ey ist dies unverständlich. Schließlich könnte ja schon seit Beginn des Jahres hier Geld abgerufen werden.

Mit ihrer Initiative, gemeinsam Impfstoffe für alle Mitgliedstaaten zu beschaffen, betrat die EU ebenfalls Neuland.

Wie sollte Österreich die EU-Mittel idealerweise investieren? „Da könnte man schon einiges machen", sagt Ey, „zum Beispiel den Ausbau des Schienenverkehrs und Gebäudesanierungen vorantreiben." Aus AK-Sicht wären zudem Umschulungen im Rahmen des „Just Transition"-Fonds zu forcieren sowie Investitionen in klimagerechte Städte und Gemeinden. „Ich denke da etwa an Investitionen in einen umweltfreundlichen Personennahverkehr."

Impf-Neuland

Besser performen sollte Österreich auch in einem anderen Bereich: beim Impfen gegen COVID-19. Mit ihrer Initiative, gemeinsam Impfstoffe für alle Mitgliedstaaten zu beschaffen, betrat die EU ebenfalls Neuland. Grundsätzlich obliegen die Gesundheits- und Sozialsysteme jeweils den Nationalstaaten, erklärt Monika Weißensteiner, Sozialversicherungsexpertin der AK Wien. Hier hat die EU aber nun das Heft in die Hand genommen. Ob der Zeitpunkt der Verhandlungen rechtzeitig und das Tempo rasch genug war, ist zwar rückblickend die Frage. „Ich halte es aber für eine sinnvolle Maßnahme. Einerseits ist der Preis bei großen Abnahmemengen günstiger, andererseits bekommen so auch kleinere Länder die Mengen, die sie benötigen", meint Weißensteiner. Dass es nun seitens der Pharmafirmen zu Lieferschwierigkeiten komme beziehungsweise dass es beim Impfstoff von AstraZeneca zu einer Verzögerung im Zulassungsverfahren kam, da der Hersteller in einer Testphase zurückgeworfen wurde, sei zudem nicht vorhersehbar gewesen. Dem Vorwurf, andere Staaten wie Großbritannien oder Israel würden viel rascher agieren, sodass dort bereits ein höherer Prozentsatz der Bevölkerung geimpft sei, hält die Expertin entgegen: Es sei gut, dass die EU an einer Zulassung durch die Europäische Arzneimittel-Agentur EMA festhalte. Anders als bei Notzulassungen wie in anderen Staaten gebe es hier ein sorgfältiges Verfahren.

Impfskepsis?

Verbesserungsbedarf sieht sie aber in Österreich selbst. Einerseits werde der Impfplan ständig modifiziert – was aufgrund der Lieferverzögerungen notwendig sei. Das schaffe aber Verunsicherung, weil für Menschen nach wie vor nicht klar sei, wann sie damit rechnen können, geimpft zu werden. Da sei auf jeden Fall mehr Nachvollziehbarkeit nötig. Andererseits sorge hier die unterschiedliche Vorgangsweise in den einzelnen Bundesländern noch einmal für Verwirrung. „Das ist nicht transparent. Und insofern weiß ich nicht, ob es so eine gute Idee war, die Organisation der Impfungen an die Bundesländer zu übergeben."

Interessant findet Weißensteiner übrigens den Wandel hinsichtlich der Impfbereitschaft. „Zu Beginn war die Impfskepsis in Österreich sehr groß. Da sagten viele, sie müssten nicht unter den Ersten sein, die geimpft werden. Jetzt, wo der Impfstoff knapp ist, gibt es auf einmal das große Begehren: Jeder möchte schon dran sein." Insgesamt habe aber die EU und damit auch Österreich ausreichend Impfstoff bestellt, beruhigt die Expertin. ◗

Mit Schirm und LAN

In Wien-Erdberg repariert der Verein „PCs für alle“ alte Computer und vergibt sie kostenlos an Schüler*innen. Dass das eigentlich nicht seine Aufgabe ist, weiß auch der Obmann – aber seit der Homeschooling-Verordnung steigt die Nachfrage unaufhörlich.

TEXT JOHANNES GRESS

Kadim Anwar ruft schon laut „Danke“ in den Raum, da hat sie ihn noch nicht einmal richtig betreten. Das Strahlen auf ihrem Gesicht kann auch die Maske nicht verbergen. Die 43-jährige Witwe aus Wien-Döbling hat vier Söhne, drei davon im Homeschooling, der älteste macht sein Biomedizin-Studium im Distance-Learning. Für ihre Lernarbeiten teilen sich die vier Brüder zwei Laptops. Für mehr reicht es nicht, sagt Anwar.

Während des ersten Lockdowns hatten 16 Prozent der Schüler*innen hierzulande keinen Zugang zu PC oder Laptop, wie eine Studie der Fakultät für Psychologie der Universität Wien vom April 2020 zeigt. „Das war von Beginn an jedem klar, dass das ein Problem wird – nur unserer Regierung nicht“, kritisiert Peter Bernscherer. Er ist Obmann des Vereins „PCs für alle“ und seine Stimme wird immer dann lauter, die Sätze immer dann länger, wenn es darum geht, die Regierungsarbeit zu beurteilen. In einem ehemaligen SPÖ-Sektionslokal in Wien-Erdberg reparieren Bernscherer und rund zwanzig Freiwillige sieben Tage pro Woche gespendete Computer und vergeben sie kostenlos an bedürftige Familien.

Eigentlich war es Bernscherer allein, der 2018 in seinem Wohnzimmer begann, gebrauchte Computer zu reparieren und an Schüler*innen und Studierende zu vergeben, die sich einen solchen nicht leisten konnten. Seit Beginn der Pandemie, seit Homeschooling Usus und der Zugang zu einem Computer zum Muss wurde, „explodierte“ die Nachfrage, erzählt er. Im Mai gründete er daher den Verein „PCs für alle“, über 1.000 PCs und Laptops reparierten er und sein Team allein bis Jahresende. In den letzten Wochen werden es täglich mehr, teilweise mehr als 100 Stück pro Woche. Die Spenden kommen von Privatpersonen und Unternehmen und finden über den Verein ihren Weg zu Interessent*innen aus Wien und ganz Österreich.

In dem hell erleuchteten Vereinslokal stapeln sich seither die Geräte. In Kisten mit Aufschriften wie „LAN“, „VGA“, „eSATA“ oder „DDR2“ werden Einzelteile, Kabel und Anschlüsse fein säuberlich sortiert. Schrauben und Kleinteile kommen in die dafür vorgesehenen Schälchen. Zwischen das Surren eines Akku-Bohrers mischen sich Fachbegriffe, die die Vereinsmitglieder quer durch den Raum rufen. Ein älterer Herr gibt am Eingang einen PC ab: „Das ist eine super Sache, danke! Ich bin ohnehin froh, dass ich ihn los bin.“ Es wird keine zehn Minuten dauern, bis die nächste Spende kommt. „Und wieder zwei Laptops!“, ruft einer der Freiwilligen dann. Indes zeigt Bernscherer ein Dankesschreiben samt Foto in die Runde, das er gerade von einem Lehrer erhalten hat. „Der g’freid se an Hax’n aus“, freut sich auch Bernscherer. Im Hintergrund vermeldet eine Nachrichtensprecherin im Radio, dass der österreichische Nationalrat heute über einen Misstrauensantrag gegen Finanzminister Gernot Blümel (ÖVP) abstimmt. Keiner der im Raum Anwesenden hört zu.

Vor dem Start seiner IT-Ausbildung engagiert sich Philipp Ganzer, 17, beim Verein „PCs für alle“ – unbezahlt, aber mit Pizza und viel Freude.

Zu langsam, zu spät?

Nach dem Lockdown im Frühjahr sind Schulen hierzulande seit November entweder ganz geschlossen oder nur im Schichtbetrieb geöffnet. Für Eltern wie für Kinder eine herausfordernde Situation. Laut einer Arbeiterkammer-Sonderbefragung, der „Schulkostenstudie 2020“, die im Oktober mit über 2.000 Eltern mit rund 4.000 Schulkindern durchgeführt wurde, kommt derzeit jedes zehnte Kind nur schwer mit dem Lernstoff zurecht. Besonders betroffen sind Kinder aus Familien, in denen Geld, Zeit oder formale Bildung nicht ausreichen. „Kinder aus Familien, in denen Bildungsressourcen fehlen, sind vielfach auf sich allein gestellt“, kritisiert Elke Larcher, Referentin für Ganztagsschulen in der Abteilung Bildungspolitik der AK Wien. Eine solche Entwicklung öffne einem weiteren Auseinanderklaffen der Bildungsschere Tür und Tor.

Im Juni vergangenen Jahres gab die türkis-grüne Regierung bekannt, Schüler*innen der 5. und 6. Schulstufe ab dem Schuljahr 2021/22 mit digitalen Endgeräten ausstatten zu wollen. Laut Larcher sei das „ein kleiner Schritt in die richtige Richtung“, allerdings einer, der bereits vor Ausbruch der Pandemie so im Koalitionsvertrag festgehalten wurde. „Dass diesbezüglich über den Sommer so

In einem ehemaligen Sektionslokal in Wien-Erdberg reparieren die Vereinsmitglieder sieben Tage pro Woche Computer.

Einst bastelte Peter Bernscherer in seinem Wohnzimmer an alten PCs und Laptops. Im Mai vergangenen Jahres gründete er den Verein „PCs für alle“.

wenig passiert ist, ist wirklich ärgerlich“, kritisiert die Expertin. Vor allem angesichts der Tatsache, dass Österreich im internationalen Vergleich in dieser Hinsicht ohnehin hinterherhinke.

Es sind Familien wie Kadim Anwar und ihre Söhne, die derlei Versäumnisse zu spüren bekommen. Während der älteste Sohn fast das gesamte Semester über im Distance-Learning zu Hause verbrachte, sind seine drei Brüder zwei Tage pro Woche in der Schule, an den anderen drei Tagen ist Homeschooling angesagt. Ständig wechselt der Rhythmus: Mal sind alle drei in der Schule, mal nur einer oder zwei – eng wird’s immer dann, wenn mehr als zwei Videokonferenzen gleichzeitig stattfinden sollen, beklagt Anwar. Dann ist Improvisieren angesagt.

„Wir machen jedes Gerät startfertig für den normalen Schulgebrauch.“

Philipp Ganzer, „PCs für alle“

Solchen Situationen stemmt man sich bei „PCs für alle“ mit einer gehörigen Portion Eigeninitiative entgegen. Ein Teil der Ehrenamtlichen schraubt und programmiert in Erdberg, ein anderer arbeitet im „Außendienst“, holt Gerätespenden ab und liefert aus. Wöchentlich wird der Auftragsumfang größer. „Wir expandieren ständig“, sagt Obmann Bernscherer, „wir brauchen mehr Mitarbeiter, mehr Raum, mehr Geld.“

Es ist eine bunte Mischung aller Berufs- und Altersgruppen, die sich im Verein engagieren. Einer von ihnen ist Philipp Ganzer. Der 17-Jährige ist derzeit sieben Tage die Woche in Erdberg, säubert PCs, testet sie auf ihre Funktionstüchtigkeit, baut Teile aus, neue Teile ein und installiert die nötige Software. „Wir machen jedes Gerät startfertig für den normalen Schulgebrauch“, erzählt er sichtlich stolz. Nicht mehr verwendbare Teile geben sie an eine gemeinnützige Organisation, die den Elektroschrott zu Geld macht – und damit wiederum einen PC für ein Schulkind finanziert. In ein paar Wochen beginnt Ganzer seine IT-Lehre. „Für mich ist das hier die beste Überbrückungszeit, deutlich besser, als nur zu Hause rumzusitzen“, meint er. Dann geht er weiter, schraubt am nächsten Computer, sucht ein passendes Kabel, schleppt einen Rechner quer durch den Raum, tippt etwas in den nächsten.

Bezahlt bekommt Ganzer das nicht, „aber es gibt Pizza und Kaffee“, lacht Bernscherer, „ich bin doch kein Unmensch“. Die Miete für den Raum und die Ersatzteile finanziert der Verein aus Spenden, von staatlicher Seite würde Bernscherer ohnehin kein Geld annehmen. „Ich arbeite nur mit Personen“, betont er, er wolle sich nicht von Parteien oder Organisationen vereinnahmen lassen. Dass es in Österreich mindestens 1,5 Millionen Armuts- und Ausgrenzungsgefährdete gibt, regt ihn auf. Noch mehr regt ihn auf, mit welcher Selbstverständlichkeit die Regierung von Betroffenen erwarte, dass sie mir nichts, dir nichts ein paar Laptops fürs Homeschooling anschaffen könnten. „Eine lächerliche Vorstellung“, sagt Bernscherer, ohne zu lachen.

„Weil es notwendig ist“

Im Dezember 2020 wiederholte die Fakultät für Psychologie der Uni Wien ihre Studie: Mittlerweile haben 98,7 Prozent der Schüler*innen Zugang zu PC, Laptop oder Tablet, um dem digitalen Schulunterricht folgen zu können. Zurückzuführen sei das laut Bildungsexpertin Larcher neben dem staatlichen Kontingent von 12.000 Laptops (für die insgesamt 400.000 Schüler*innen) für Bundesschulen aber vor allem auf die Initiative von Eltern, NGOs und engagierten Schulleiter*innen. Larcher fordert daher eine einmalige Zahlung in Höhe von 200 Euro für betroffene Eltern. Langfristig müsse es aber darum gehen, zu erkennen, dass „Lernen eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist“. Die Bildungsexpertin sieht die Corona-Krise daher auch als Chance, aus der Not eine Tugend zu machen: „Durch die Notwendigkeit, den digitalen Zugang auszubauen, ist in den letzten Monaten einiges in Bewegung geraten – da müssen wir anknüpfen!“

Dass derzeit aber Vereine wie „PCs für alle“ technische Geräte für Familien mit geringerem Einkommen finanzieren, Freiwillige ihre Zeit und ihr Know-how dafür hergeben, sollte „natürlich nicht“ deren Aufgabe sein, betont Bernscherer. „Das ist die ureigenste Aufgabe des Staates – dafür bezahlen wir ihn!“ Warum er und seine Kolleg*innen es trotzdem machen? – „Weil es notwendig ist“, sagt er kurz und trocken. Und macht dann mit einem Blick klar, dass es dazu nichts weiter zu erklären gibt. Dann holt er sein Smartphone raus, wischt ein paar Mal mit dem Finger über den Bildschirm und zeigt Videos von Kindern, die in die Kamera winken und sich für den gespendeten PC bedanken. Anwar nimmt indes ihren Laptop, sie strahlt noch immer und sagt: „Es wird toll.“ Vorm Eingang warten schon die Nächsten. ◗

© Stiftung deutsches Hygiene-Museum

Als die Polio-Kinder nicht mehr kamen

Wenn das Polio-Virus aktiv wird, kommt es zur Kinderlähmung und damit zu lebenslanger Behinderung, oft auch zum Tod. Österreich half entscheidend dabei mit, einen Schutzschild dagegen aufzurichten.

TEXT BRIGITTE PELLAR

In der Bundesrepublik Deutschland startete die Polio-Schluckimpfung 1961. Dieses Plakat warnte 1965 vor einem neuerlichen Vormarsch des Virus.

Wie alle unsere Schulkolleginnen im Mädchen-Realgymnasium in Villach bekamen auch wir Teenies aus der 3A im Herbst 1961 ein Stückerl Würfelzucker mit drei Tropfen einer farblosen Flüssigkeit. Unsere Eltern wurden von der Impfaktion per Mitteilungsheft informiert, auch darüber, dass sie die Teilnahme ihres Kindes verweigern konnten. Soweit ich mich erinnere, tat das aber niemand, zu erleichtert waren alle, dass ein Schutzschild gegen die Kinderlähmung aufgebaut werden konnte. Denn wo das Virus aktiv wurde, hatte das lebenslange Behinderung zur Folge und oft auch den Tod.

Was uns damals nicht bewusst war: Wir wirkten an einem historischen Ereignis mit, denn das neutrale Österreich schaffte mit dem Einsatz der Schluckimpfung den Durchbruch im Kampf gegen das Polio-Virus für den ganzen „Westen“, der am Kalten Krieg mit dem kommunistischen „Osten“ fast gescheitert wäre. Die USA hatten sich nämlich für ein wenig wirksames Serum entschieden. Der Virologe Albert Sabin, der Entwickler der Schluckimpfung, bot sein Patent daraufhin der Sowjetunion an, und das Serum wurde in ihrem Einflussbereich mit Erfolg eingesetzt. Erst als eine Wiener Pharmafirma das sowjetische Patent übernahm und österreichische Wissenschafter*innen es verbessert hatten, konnte der Schutzschild gegen Polio auch in Westeuropa, den USA und Kanada aufgerichtet werden.

Ich verstand die Bedeutung der Polio-Impfung vielleicht besser als die meisten meiner Schulkolleginnen, denn in der Nachbarschaft des Hauses meiner Großeltern und am Anfang im Haus selbst wurden „Polio-Kinder“ behandelt. Die „Wiederherstellungsanstalt für körperbehinderte Kinder“ betreute Kinderlähmungsopfer aus vielen Ländern. Mein Cousin und ich hätten gerne mit ihnen gespielt, aber das war wegen der Ansteckungsgefahr streng verboten. Nach den Massenimpfaktionen kamen keine „Polio-Kinder“ mehr, nur eine Kiste englische Tarzan- und Prinz-Eisenherz-Hefte auf unserem Dachboden erinnerte an sie. Seit 1980 gilt Österreich als „poliofrei“, seit 2002 ganz Europa. ◗

Die stillen Heldinnen des Alltags

© ÖGB

KORINNA SCHUMANN
ÖGB-VIZEPRÄSIDENTIN

Corona-bedingt haben wir in Österreich gerade die höchste Arbeitslosigkeit seit Beginn der Zweiten Republik. Der Beschäftigungsrückgang betrifft dabei in erster Linie frauendominierte Branchen wie Tourismus, Gastronomie und persönliche Dienstleistungen. Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist mit einem Plus von 34 Prozent nicht nur deutlich stärker angestiegen als die der Männer (plus 22 Prozent) – es ist für sie auch bedeutend schwieriger, wieder am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

Vor allem Frauen haben im letzten Jahr beruflich massiv zurückgesteckt, um die Familie am Laufen zu halten. Viele von ihnen mussten Urlaub abbauen und Stunden reduzieren, um die Mehrfachbelastung von Kinderbetreuung, Homeschooling, Haushalt, Pflege von Angehörigen und Job überhaupt stemmen zu können. Ein gefährlicher Rückschritt in alte Rollenbilder – die Corona-Krise hat uns gesellschaftspolitisch zurückgeworfen.

Gleichzeitig halten Frauen die Versorgung der Menschen in Österreich während der Corona-Krise aufrecht. Rund 70 Prozent der Beschäftigten in systemrelevanten Branchen wie dem Handel, der Kinderbildung, dem Pflege- und Gesundheitsbereich und der Produktion sind weiblich. Die Bezahlung in diesen Branchen ist allerdings meist schlecht, und die Arbeitsbedingungen sind verbesserungswürdig.

Frauen sind am Limit und auch die Folgen der Krise werden für sie noch länger spürbar sein. Mit der Arbeitslosigkeit steigt auch die Armut, und das hat langfristig gesehen drastische Auswirkungen auf die Pensionshöhe der Frauen. Wir müssen verhindern, dass die ohnehin begrenzten Fortschritte der Gleichberechtigung wieder rückgängig gemacht werden. Die Arbeit der Frauen darf nicht nur in Extremsituationen wie derzeit wertgeschätzt werden.

Die Politik ist jetzt gefragt, Frauen bei den Maßnahmen zur Bewältigung der Krise stärker zu berücksichtigen und sie mit der Situation nicht allein zu lassen. Alle diese Maßnahmen werden wir einem Fairness-Check unterziehen, denn es braucht jetzt konkrete Lösungen, um speziell Frauen zu entlasten. Wir fordern daher vehement, neben einer grundsätzlichen Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens, gezielte arbeitsmarktpolitische Maßnahmen für Frauen, bessere Arbeitsbedingungen und höhere Bezahlung für Mitarbeiter*innen systemrelevanter Branchen und einen Ausbau der Kinderbetreuungsangebote. ◗

ÖGB VERLAG | SHOP
Für Arbeit, Recht, Soziales

shop.oegbverlag.at

NEU

Sozialleistungen im Überblick 2021
Lexikon der Ansprüche und Leistungen

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Ratgeber / 23. Auflage 2021 / ca. 488 Seiten / EUR 29,90
ISBN 978-3-99046-506-6
Buch + e-Book

Dieser jährlich aktualisierte Ratgeber bietet allen Interessierten einen einfachen Zugang zu den wichtigsten Informationen über die zentralen Sozialleistungen in Österreich: von der Familienbeihilfe bis zur Alterspension, von der Rechtsgrundlage und Finanzierung der jeweiligen Leistungen bis hin zu Anspruchsvoraussetzungen und praktischen Hinweisen zur Antragstellung. Das Buch zeichnet sich durch eine klare Gliederung und die Kombination von Leistungsbeschreibung und sozialpolitischer Zusatzinformation aus. Die Gliederung orientiert sich an den typischen Lebenssituationen, in denen Sozialleistungen regelmäßig in Anspruch genommen werden: Kinder/Familie – Arbeitslosigkeit – Wohnen – Arbeitsunfall – Ausbildung – Alter – Krankheit/Behinderung – Pflegebedürftigkeit – Ergänzende Sozialleistungen.

NEU

ArbeitnehmerInnenschutz
Wichtige Gesetze

DI Josef Kerschhagl, Dr. Wolfgang Adametz
Gesetze und Kommentare / 2021 / 400 Seiten / EUR 39,90
ISBN 978-3-99046-517-2

Die Ausgabe 2021 enthält das ArbeitnehmerInnenschutzgesetz und die dazugehörigen Verordnungen. Bei jedem Paragraph des ASchG ist durch eine Kennziffer angemerkt, dass die betreffende Bestimmung durch eine der abgedruckten Verordnungen näher ausgeführt wird. Dadurch wird das rasche Auffinden des aktuellen Textes der letztgültigen Verordnung ermöglicht. (Vormals Aushangpflichtige Gesetze)

Fachbuchhandlung des ÖGB-Verlags
Rathausstraße 21, 1010 Wien
shop@oegbverlag.at
Telefon 01/405 49 98-132
Fax 01/405 49 98-136

Gratisversand in Österreich

© Syda Productions – stock.adobe.com

Analysen, Interviews und Geschichten, die Menschen bewegen.
Wir hören genauer hin: Wie geht es Österreichs Beschäftigten?
Wie funktioniert eigentlich Politik?
Und wo muss sie besser werden? Jetzt reinhören!

podcast.oegb.at

available on Spotify · available on iTunes

ÖGB

Ein Ersuchen des Verlages an den/die Briefträgerln:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können,
teilen Sie uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls
die neue oder richtige Anschrift mit

Straße/Gasse Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl Ort

AW

Österreichische Post AG MZ 02Z031759 M, ÖGB-Verlag, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
Retouren an Postfach 100, 1350 Wien